



KÖLN. MACHEN MIT HERZ.

Kommunalwahlprogramm
2025 - 2030

WIR BRINGEN KÖLN IN BEWEGUNG

Unser Herz schlägt für Köln, denn Köln ist eine tolle Stadt. Unsere Stadt hat eine lange und bewegte Geschichte, hat Tradition und Mut für Neues, hat wunderbare Menschen, die von hier und aus aller Welt „he hin jekumme“ sind. Köln ist einzigartig, gemütlich und schillernd zugleich, eben „spürbar anders“ und anziehend für viele. Darum wächst unsere Stadt Jahr für Jahr ein bisschen und ist Millionendorf und Metropole zugleich. Damit Köln schön und lebenswert für alle bleibt, weiter wachsen und blühen kann und den Sprung in das dritte Jahrtausend seiner Geschichte schafft, wollen wir es gestalten.

Doch in den letzten Jahren tritt Köln zu oft nur auf der Stelle. Dafür steht das Milliardengrab Opernbaustelle besonders augenfällig. Es gibt zu wenige neue und bezahlbare Wohnungen in Köln, Schulen und Sportplätze sind vielfach in traurigem Zustand und statt Ausbau des Strecken- und Liniennetzes fahren sogar weniger Bahnen und Busse.

„Liebe Deine Stadt“? Ja klar, aber im Alltag kann das ziemlich schwierig sein. Wenn die KiTa geschlossen bleibt oder man keinen Betreuungsplatz im Ganztage bekommt; wenn die Straßenbahn mal wieder nicht kommt; es keine passende Hilfe bei der Pflege von Angehörigen gibt oder die Sorge wächst, ob man die Wohnung zukünftig noch halten kann, gerät das Leben aus dem Takt. Gerade Familien, in denen beide Elternteile arbeiten, Kinder sicher in die Kita oder zur Schule kommen müssen, Arzttermine, Behördengänge, Einkauf und Fußballtraining nebenbei mitorganisiert werden müssen, sind darauf angewiesen, dass ihr Alltag funktioniert. Sie verzweifeln daran, wie oft in Köln nur die schlechte, teure und unpraktische Lösung zur Verfügung steht. Daran muss sich endlich etwas ändern.

Das Durchwurschteln mit „kölschen Lösungen“ und „Interims“, die zum beklagenswerten Dauerzustand werden, wollen wir beenden. Köln muss sich bewegen, damit die Stadt wieder Spaß macht, das tägliche Leben für alle Kölner*innen wieder besser funktioniert und unsere Stadt über ihre Grenzen hinaus für gutes Leben und solidarisches Zusammenleben steht.

Ein gutes Köln lebt von der Vielfalt seiner 86 Veedel. Unsere Veedel sind Orte des Zusammenhalts und der Gemeinschaft. Wohnen da, wo man sich zuhause fühlt, schnelle Wege zur Arbeit und kurze in die KiTa oder Schule, gute Gesundheitsversorgung und soziale Einrichtungen vor Ort; Grünflächen, Sport- und Spielmöglichkeiten, Kunst und Kultur, Büdchen und Veedelskneipe – das alles gehört zum guten Leben in Köln, das

muss jede*r sich leisten und jede*r erreichen können. Deshalb stehen wir ein für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Köln und für gezielte Verbesserungen in den Stadtteilen, die besonders von Armut, Arbeitslosigkeit, schlechter Gesundheitsversorgung, fehlenden KiTa- und Schulplätzen und vernachlässigter Infrastruktur betroffen sind.

Vieles, was in unserer Stadt gut läuft oder noch funktioniert, wird getragen von großem bürgerschaftlichem Engagement, vom Ehrenamt in Vereinen und Organisationen oder einfach vom Kümmern um die eigene Nachbarschaft oder Hausgemeinschaft. Die Engagierten in unserer Stadtgesellschaft, in Bürgervereinen, Sozial- und Jugendverbänden, Migrant:innenorganisationen, Sport- oder Karnevalsvereinen, in Gewerkschaften oder Wirtschaftsverbänden brauchen verlässliche Partner, die sie unterstützen, statt ihnen bürokratische Steine in den Weg zu legen oder dringend benötigte Finanz- und Fördermittel zu streichen.

Im Rat der Stadt Köln wollen wir anstelle einer Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners wieder mehr gemeinsame Suche nach der besten, zukunftsweisenden Lösung. Für die großen Probleme unserer Stadt brauchen wir gute Pläne und klare Konzepte statt Trippelschritten, Verkehrsversuchen und Notlösungen. Wenn die Kommunalpolitik zusammen mit den Bürger:innen klare Ziele setzt, dann hat auch die Verwaltung verlässliche Leitlinien für ihr Handeln und verliert sich nicht im Klein-Klein von Vorschriften und in Angst vor Fehlern.

In unserem Wahlprogramm sagen wir, was unsere Ideen und Konzepte für Kölns Zukunft sind:

- Wir brauchen mehr und vor allem bezahlbaren Wohnraum in unserer Stadt.
- Wir brauchen die beste Bildung für unsere Kinder, mit sicheren KiTa- und Schulplätzen und guten Lernbedingungen.
- Wir brauchen mehr ÖPNV statt Autostau und eine konsequente, planvolle Verkehrswende für die Stadt und das Umland.

Wir brauchen sichere Arbeitsplätze und gute Bedingungen für Wirtschaft und Wohlstand in einer Stadt, die sich zugleich nachhaltig und klimafreundlich aufstellen muss. Köln kann mehr und braucht mehr! In den vergangenen Jahren hat Köln stillgestanden, weil es dem grün-schwarzen Mehrheitsbündnis an politischen Gemeinsamkeiten, an Mut und Gestaltungskraft fehlte. Wir Sozialdemokrat*innen sind bereit, Verantwortung für Kölns Zukunft zu übernehmen. Mit einem kompetenten, erfahrenen und tatkräftigen

Oberbürgermeister Torsten Burmester und mit einem starken Team für den Rat und die Bezirksvertretungen.

Herzlich willkommen in der schönsten Stadt Deutschlands! Wir wollen dafür arbeiten, dass dieser Satz in ein paar Jahren nicht mehr nur mit einem Augenzwinkern, sondern aus vollstem kölschen Herzen gesagt werden kann. Dafür muss sich in unserer Stadt vieles ändern. Dazu bringen wir Köln in Bewegung. Dazu bitten wir Sie um Ihre Stimmen bei der Kommunalwahl am 14. September 2025: für Torsten Burmester als neuen Oberbürgermeister und für eine starke SPD, die sich für alle Kölner*innen einsetzt.

WOHNEN

***Nur ein wachsendes Köln ist ein soziales Köln – Aufbruch jetzt in DER sozialen Frage:
Genügend Wohnungen zu bezahlbaren Mieten schaffen***

Eine Wohnung zu haben, bezahlen und in ihr sicher leben zu können, ist eine notwendige Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben. Angemessene Wohnraumversorgung und Stadtentwicklung ist deshalb die zentrale soziale Herausforderung der nächsten Jahre. Beim Wohnungsbau für breite Bevölkerungsschichten, insbesondere dem geförderten Wohnungsbau, entscheidet sich, wie sozial und solidarisch unsere Stadt ist.

Seit Jahren wird der Bau von 6.000 Wohnungen im Jahr, den die Stadt Köln im Wohnbündnis festgelegt hat, weit verfehlt. Es ist ein Armutszeugnis, dass Grün-Schwarz dies Ziel inzwischen aufgegeben hat. Bezahlbarer Wohnraum ist in Köln inzwischen ein knappes Gut. Nahezu 50 % der Kölner Bevölkerung hat einen Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein. Bei den geförderten Wohnungen wird es in Köln aber in den nächsten Jahren aufgrund des Wegfalls von Sozialbindungen eine dramatische Reduzierung des Angebotes geben. 1990 gab es noch mehr als 105.000 Sozialwohnungen, 2030 werden es ohne Neubau nur noch ca. 29.000 sein. Das bedeutet, dass nur etwa 7 % der Haushalte, die einen Anspruch auf eine geförderte Wohnung haben, eine geförderte Wohnung erhalten können.

Genügend Wohnungen zu bezahlbaren Mieten – das wird deshalb bei uns in der SPD wieder oberste Priorität. Auch die Entwicklung der Kölner Wirtschaft und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen haben wir dabei fest im Blick. Für beides müssen deutlich mehr Flächen entwickelt werden. Mehr Wohnraum ist auch für das Arbeitskräfteangebot in Köln von zentraler Bedeutung, da wir zusätzlich Wohnungen errichten müssen, um dem heutigen und zukünftigen Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Bezahlbarer Wohnraum ist eine der Bedingungen, die erfüllt werden müssen, um Arbeitskräfte an die Stadt binden zu können. Hinzu kommt auch noch, dass ein immer knapperes Angebot bei weiter wachsender Bevölkerung die Mieten immer stärker steigen lassen wird. Diese große soziale Herausforderung wird sich in den nächsten Jahren deutlich verschärfen, wenn die Politik auf allen Ebenen nicht endlich handelt.

Die Menschen in Köln werden zu Verlierern, weil die Stadt beim Wohnen nicht vorangeht:

- Bei der Errichtung von Neubauwohnungen liegt Köln im Vergleich mit allen anderen deutschen Großstädten auf dem letzten Platz.
- Die Leerstandsquote in Köln beträgt 0,9% im freifinanzierten Wohnungsbau, 0,1% im geförderten Wohnungsbau; ausgewogen sind etwa 2,5 %. Das heißt: Es

gibt viel zu wenige freie Wohnungen. Allein um wieder ein ausgewogenes Wohnungsangebot herzustellen, bräuchte die Stadt zusätzliche 11.400 Wohnungen. Die logische Folge des mangelnden Angebots sind überproportionale Mietpreissteigerungen.

- Schon jetzt zeigt sich diese bedrohliche Entwicklung im Stadtgebiet: Die Obdach- und Wohnungslosigkeit wächst immer schneller. In NRW ist Köln "trauriger Spitzenreiter" mit 116 wohnungslosen Personen je 10.000 Einwohner*innen.
- Steigende Mieten verdrängen Geringverdiener und Familien bis in die Mittelschicht aus Köln ins nähere und fernere Umland.
- Kölns Anziehungskraft als Studienstandort droht abzunehmen.
- Pendlerverkehre nehmen weiter zu, verschärfen die Überlastung der Verkehrssysteme und belasten die Umwelt.
- Handel und Wirtschaft leiden unter dem Kaufkraftverlust.
- Unternehmen finden keine Mitarbeiter*innen, da diese keine bezahlbare Wohnung finden.

FAZIT: Das darf nicht mehr so weitergehen!

DESHALB SIND UNSERE ZIELE:

- Wir schaffen bezahlbaren Wohnraum für alle. Das Kooperative Baulandmodell wird weiterhin konsequent angewendet und nach Möglichkeit im geförderten Wohnungsbau ausgeweitet.
- Wir bekennen uns dazu, dass Köln eine wachsende Stadt ist. Dafür brauchen wir mehr Neubauf Flächen und Bauland für Wohnungen und Gewerbe. Unser Ziel ist 6000, davon 2000 öffentliche geförderte, Wohnungen pro Jahr zu errichten. Deshalb weisen wir neue Wohnbauflächen aus!
- Wir verkaufen keine städtischen Flächen mehr, sondern geben diese nur noch in Erbpacht ab und orientieren uns an einer sozialgerechten Bodennutzung.
- Wir bauen als Stadt selbst bezahlbaren Wohnraum.
- Wir beenden die Verhinderungsstrategie gegen neue Bauflächen.
- Wir sorgen dafür, dass geplante Neubaugebiete wie Parkstadt Süd, Deutzer Hafen, Kreuzfeld, Mülheim-Süd und Wahn-West zügig umgesetzt werden.
- Wir organisieren ein effizientes Wohnungsbaumanagement der Stadt.
- Wir sorgen für Nachhaltigkeit bei der Flächenentwicklung und beim Bauen.
- Wir reduzieren Wohnungs- und Obdachlosigkeit in Köln konsequent mit dem Ziel, Obdachlosigkeit in unserer Stadt so schnell wie möglich abzuschaffen.
- Wir fördern das gemeinschaftliche (Zusammen-)Leben.

Alle Akteure sind willkommen, eine wohnungspolitische Zeitenwende in Köln einzuleiten: **In Köln ist mit der SPD Bauen in sozialer Verantwortung wieder erwünscht und möglich!**

Das setzen wir sofort um:

- Wir werden ein **städtisches Förderprogramm** auflegen, das über zehn Jahre rund **eine Milliarde Euro** für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum vorsieht.
- Der alten Weisheit folgend, dass günstiger Wohnraum nicht auf teuren Flächen entstehen kann, werden wir sicherstellen, dass der **Erbpachtzins für Flächen**, auf denen zu 100 Prozent geförderter Wohnraum entsteht, solange dies notwendig ist auf **0 Prozent** abgesenkt wird.
- Darüber hinaus muss die Vergabe in Erbbaurecht als Regelvergabe für Gewerbeflächen geprüft und fokussiert die Kombination von Wohnen und Gewerbe ausgebaut werden. Den Verkauf städtischer Grundstücke werden wir stoppen.
- **Schnellspur für neuen Wohnraum:** Wir reden nicht nur, sondern setzen schnelle Verfahren und Baugenehmigungen um - durch Digitalisierung, mehr Personal, Konzentration der für Wohnungsbau zuständigen Ämter, eine zentrale Steuerung von Bauverfahren und Flächennutzung.
- Mit uns wird es eine wirkungsvolle **Taskforce gezielt für den geförderten Wohnungsbau** geben. Bauvorhaben, die den sozialen Wohnungsbau besonders fördern, werden bevorzugt bearbeitet.
- Wir setzen uns dafür ein, Bauen z.T. wieder **E wie Einfach** zu machen: Weniger Vorgaben, preiswertere Ausstattung machen Bauen schneller und billiger. Wir legen den Schwerpunkt auf vertretbare Energieeffizienzstandards (z. B. KfW55).
- Wir werden eine **Wohnungsgesellschaft gründen, die sich zu 100% im Eigentum der Stadt** befinden wird. Diese soll den Bau neuer Wohnungen beauftragen, den wachsenden Wohnungsbestand der Stadt halten und wo möglich bestehende Wohnungsbestände erwerben und sanieren, insbesondere in schwierigen Wohnlagen. Ziel ist es, schrittweise einen städtischen bezahlbaren Wohnungsbestand aufzubauen und diesen langfristig für breite Bevölkerungsschichten zu sichern. Die städtischen Wohnungsbestände und das zugehörige Personal der Stadtverwaltung werden in die neue Wohnungsgesellschaft überführt. Die Gesellschaft wird mit einer schlanken Verwaltungsstruktur geführt, um Kosten zu minimieren und Effizienz zu gewährleisten. Daher wird künftig die je Projekt geeignete Gesellschaft (GAG, WSK oder Moderne Stadt) das operative Geschäft der städtischen Wohnungsgesellschaft über Geschäftsbesorgungsverträge managen.

- Wir bündeln die jetzt noch zergliederten Zuständigkeiten der für Wohnungslosigkeit zuständigen Verwaltungseinheiten innerhalb der Stadtverwaltung wieder in einer Hand.
- **Nachverdichtung, Aufstockung und Abbau von Verwaltungshemmnissen:** Um zusätzlichen Wohnraum zu schaffen, sollen Nachverdichtungen unter Berücksichtigung des Mikroklimas einfacher möglich sein. Verwaltungshemmnisse, die den Ausbau von Dachgeschossen und die Überbauung von ungenutzten Flächen über Supermärkten, Parkplätzen, Restaurants usw. behindern, sollen abgebaut werden.
- Ein **strategisches Flächenmanagement** soll Prioritäten für Flächenbedarfe setzen mit dem Ziel einer frühzeitigen, gezielten Beplanung von Flächen.
- Wir setzen uns für eine bezahlbare, CO²-arme Wärmeversorgung ein.
- Grundstücke werden nur noch an diejenigen vergeben, die **das beste soziale und ökologische Konzept** vorlegen. Insbesondere gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen und Genossenschaften sollen hier profitieren.
- Wir werden die in den vergangenen Jahren vernachlässigte Kooperation mit gemeinwohlorientierten Akteuren wie z.B. Genossenschaften wieder aktivieren. Die Gründung neuer Mieter- und Baugenossenschaften muss gefördert werden. An bestehende Genossenschaften sollen städtische Flächen zu besseren Zinsbedingungen bevorzugt vergeben werden, um besonders den geförderten Wohnungsbau gemeinsam voranzutreiben. Aber auch private Investoren mit sozialer Verantwortung, regionale Wohnungsbaugesellschaften und andere Akteure der Wohnungswirtschaft sollen Bürgschaften der Stadt erhalten. Ohne die Ressourcen der Privatwirtschaft, besonders der mittelständischen Unternehmen, kann die Wohnungsbauwende nicht gelingen. Auf die konsequente Einhaltung von sozialen Verpflichtungen und Nachhaltigkeitszielen werden wir bei allen Akteuren achten.
- **Wir stehen für soziale Veedel ein - Gemeinschaft durch Begegnung im Quartier:** Eine gerechte Verteilung neuer Bauprojekte auf die gesamte Stadt und die Schaffung der nötigen Infrastruktur besonders dort, wo sie schon jetzt schwächer ausgebaut ist, ist für uns unerlässlich. Wo es möglich ist, setzen wir auf gemischte Quartiere, die Milieus und Perspektiven zusammenbringen, und wollen diese sozial entwickeln. Vor allem wollen wir, dass Begegnungsstätten und Angebote für alle geschaffen werden – beispielsweise zusätzliche Sporthallen für die Vereine, Gemeinschaftsräume für Veedelsarbeit, kulturelle Zwecke und im Sinne der Gemeinschaftsarbeit im Veedel und selbstverständlich ausreichende Kita- und Schulplätze. Ordnungspartnerschaften kombiniert mit Sozialraumkoordination und Gemeinwesenarbeit stärken zudem die Lebenswürdigkeit unserer Veedel. Wir wollen überall in der Stadt

funktionierende Veedelszentren – deshalb wollen wir diese stärken und ausbauen. In dörflich geprägten Veedeln ist es wichtig, deren Charakter zu bewahren und sie behutsam zu entwickeln.

- Menschen mit internationaler Geschichte haben in Köln wesentlich schlechtere Chancen, eine Wohnung zu finden. Von dieser Ungerechtigkeit sind rund 39 Prozent der Kölner*innen potenziell betroffen. Besonders private Vermieterinnen diskriminieren häufig, während größere Wohnungsunternehmen Menschen mit internationaler Geschichte eher Zugang zu Wohnraum bieten. Betroffene sind oftmals gezwungen, minderwertigen Wohnraum zu übersteuerten Preisen zu mieten. Die bestehenden Schutzmechanismen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) bieten bisher keine ausreichende Lösung, um diese Ungerechtigkeiten wirksam zu bekämpfen. Weder Mieterinnen noch Vermieter*innen sind ausreichend über ihre Rechte und Pflichten informiert, und der Rechtsweg über das AGG wird von den Betroffenen als ineffektiv wahrgenommen. Wir setzen uns deshalb **für einen diskriminierungsfreien Wohnungsmarkt** und die Schaffung eines niedrigschwelligen Bewertungssystems ein, das Diskriminierungserfahrungen auf dem Mietmarkt sichtbar macht und Betroffenen eine Stimme gibt. Beratungs- und Informationsangebote für Mieter*innen und Vermieter*innen zu Antidiskriminierungsbestimmungen werden wir ausbauen.
- **Wohnraum für junge Familien und Alleinerziehende** fördern und sichern wir besonders. Diese Zielgruppen sind besonders von Armut bedroht. Den demographischen Wandel am Wohnungsmarkt wollen wir gestalten und bezahlbaren und passenden Wohnraum für alle schaffen.
- **Wir denken Barrierefreiheit mit:** Senior*innen und mobilitätseingeschränkte Menschen müssen beim Wohnungsbau besondere Berücksichtigung finden, z.B. durch alternative Wohnmodelle, Mehrgenerationshäuser und WG-Förderung. Wir setzen uns für die Schaffung von kleineren, barrierefreien bezahlbaren Wohnungen ein, damit Senior*innen oder Singles dort wohnen können. Das trägt zudem dazu bei, den Wohnflächenverbrauch zu reduzieren. Wir wollen älteren Menschen ermöglichen, sich aus der Vielfalt der Wohnmöglichkeiten im Alter – ob alleine, mit Partner, in Familien, in Wohn- und Hausgemeinschaften oder in Pflegeeinrichtungen – diejenige auszusuchen, die sie selbst für die Beste halten. So lange und so weit wie möglich müssen die individuellen Bedürfnisse zählen.
- Bei **drohender Obdachlosigkeit** greift ein **ämterübergreifendes Fallmanagement** ein, das wir ausbauen und optimieren, um in Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure unter Einbeziehung der Vermieter Zwangsräumungen zu verhindern. Der Schwerpunkt muss auf der Prävention von Obdachlosigkeit

liegen, einschließlich sozialer Unterstützung wie Schuldnerberatung, Mietdarlehen und Mietrückstandsübernahme.

Das ist bis 2030 erledigt:

- Um Fehlentwicklungen und fortschreitende Gentrifizierung zu verhindern, werden **Soziale Erhaltungssatzungen** und Wohnraumschutzmaßnahmen konsequent ausgerollt. Es sollen möglichst zügig weitere Erhaltungssatzungen für die noch nicht gentrifizierten Quartiere erlassen werden. Das nötige Personal werden wir zur Verfügung stellen.
- Ein **ökologisch und sozial ausgewogenes Hochhauskonzept** für Köln muss jetzt endlich zügig erarbeitet werden, um die Stadtentwicklung auch in diesem Aspekt nachhaltig zu gestalten.
- Bezahlbares Wohnen bedeutet für uns auch: Bezahlbares Heizen. Bezahlbares Heizen ist in Zukunft klimafreundliches Heizen. Wir stehen für einen konsequenten Umbau hin zu einer CO²-armen Wärmeherzeugung. Wir werden uns im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung für einen Paradigmenwechsel einsetzen, der öfter auf gemeinschaftliche Lösungen setzt. Klimaneutrale Wärmenetze zu bauen, mit denen ein ganzer Stadtteil warm wird, ist nicht nur solidarischer, sondern auch effizienter und kostengünstiger als einzelne Wärmepumpen in jedem Haus.
- Sämtliche bisherigen Beratungs- und Förderprogramme der Stadt Köln und der Stadtwerke für erneuerbare Strom- und Wärmeherzeugung sowie für mehr Energieeffizienz sollen in eine ganzheitliche Energieberatung der Stadt Köln überführt werden. Die Beratungsstelle soll informieren und aktiv für Lösungen werben. Sie soll sich an nationalen und internationalen Vorbildern orientieren und eng mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften zusammenarbeiten. Fokus soll die Beratung im Mehrfamilienhausbestand sein. Die verschiedenen Eigentümer in einem Haus und im Quartier sollen zusammengebracht und über Möglichkeiten der gemeinsamen klimaneutralen Beheizung ihrer Wohnungen beraten werden.
- Die **Mietpreisbindungen von Sozialwohnungen** müssen so langfristig wie möglich - bestenfalls dauerhaft - gesichert werden. Eine entsprechende politische Initiative werden wir mit Nachdruck beim Land ergreifen.
- Durch **Zuschüsse aktiv Belegungsbindungen** verlängern: Es werden Anreize für Eigentümer*innen geschaffen, damit diese mit der Stadt attraktive Vereinbarungen über die Verlängerung von Mietpreisbindungen treffen. Dies kann z. B. durch Zuschüsse für Sanierungen und Modernisierungen erfolgen.

- Wir streben an, mehr **Belegungsrechte zu erwerben** und Anreize für Vermieter*innen zu schaffen, Belegungswohnungen anzubieten.
- Das **Baulückenprogramm** soll wieder aufgenommen und ein **Leerstandsmelder** eingeführt werden.
- Wir wollen, dass die **GAG als soziales Wohnungsbaunternehmen** ihre beispielgebende Verantwortung in der sozialen Betreuung und Unterstützung ihrer Mieterinnen und Mieter erfüllen kann. Die Stadt muss „ihr“ Wohnungsunternehmen finanziell besser ausstatten mit dem Ziel, dass die GAG jedes Jahr 1.500 Wohnungen bauen oder modernisieren kann.
- Wir wollen die **WSK stärker als Dienstleister für den Werkwohnungsbau weiterentwickeln**. Die Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln mbH (WSK) soll in den nächsten Jahren ihre Aktivität zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gesellschaften des Stadtwerke Köln Konzerns (SWK) deutlich steigern. Darüber hinaus wollen wir uns dafür einsetzen, die WSK auch als Dienstleister zur Bereitstellung und Verwaltung von Werkwohnungen für private Unternehmen weiterzuentwickeln.
- **Das Angebot an Wohnraum für Auszubildende und Studierende muss deutlich gesteigert werden:** Köln als Hochschulstandort für über 100.000 Studierende bietet mit weniger als 5.000 Wohnheimplätzen des Studierendenwerks bei weitem nicht genug bezahlbaren Wohnraum. Auch viele Auszubildende können sich die horrenden Mieten nicht leisten. Wir werden uns daher beim Land für ein Sofortprogramm zum Bau neuer Wohnheime für Studierende und Auszubildende einschließlich der Bereitstellung von entsprechenden Landesimmobilien einsetzen. In einem Sofortprogramm sollen u.a. leerstehende oder bald freigezogene Krankenhausgebäude, Bürohäuser, Containerwohnungen oder Gewerbeimmobilien als temporäre studentische Wohnheime genutzt werden. Ähnlich wie beim Studierendendorf in Hürth-Efferen wollen wir in einem Kölner Stadtteil (beispielsweise Mülheim, Merheim oder Chorweiler) eine Unterkunft für Studierende und Auszubildende errichten.
- Ebenso soll das **Angebot für junge Familien und Alleinerziehende** deutlich erhöht werden.
- **Wir fördern alternative Wohnmodelle, die der Begegnung und dem Zusammenleben in Vielfalt dienen.** Deshalb treten wir für die Förderung von Mehrgenerationenhäusern, für eine WG-Förderung, sowie innovative Modelle wie das Mietshäuser-Syndikat ein.
- In den Veedeln, gerade **in neuen Quartieren**, soll die wohnungsnah **soziale Infrastruktur** mit Kitas, Schulen, Jugendtreffs, Senioreneinrichtungen, aber auch die gute Erreichbarkeit eines Supermarkts, einer Ärztin und einer Apotheke, möglichst zu Fuß oder per Rad, **mitgedacht und gewährleistet sein**. Neue

Quartiere müssen von Anfang an gut an den öffentlichen Nahverkehr und den überörtlichen Autoverkehr angebunden sein. Breite und gut vernetzte Fahrradwege sowie sichere Abstellmöglichkeiten fördern den Radverkehr. E-Ladestationen für E-Bikes und E-Autos sowie Carsharing-Angebote müssen ebenfalls zur Grundausstattung gehören.

- Die **soziale Aufgabe**, erheblich mehr Wohnraum zu schaffen, darf **nicht gegen die Ökologie** oder den **Klimaschutz** bzw. die **Klimaresilienz ausgespielt** werden. Im Rahmen neuer großer Flächenentwicklungen lassen sich diese Ziele miteinander in Einklang bringen. Sie müssen daher von Anfang an als Wohnen im Grünen geplant werden.
- Die Schaffung von **öffentlichen Parks, Gemeinschaftsgärten und Grünflächen** hilft (z. B. Dachbegrünung, Fassadenbegrünung), das Stadtklima zu verbessern, indem sie Hitzeinseln mindern, Luftqualität verbessern, Biodiversität fördern und zusätzlich CO² speichern. Hier muss im Besonderen auf eine üppige, schattenspendende Bepflanzung geachtet werden. Diese kann durch „Tiny Woods“ ergänzt werden.
- Bei der Stadtentwicklung sollten vorhandene **Biotope und Naturflächen** erhalten und neue ökologische Nischen geschaffen werden, z. B. durch Blühwiesen, Insektenhotels oder Hecken für Vögel. Tierfreundliche Grünflächen, die einheimische Pflanzenarten fördern, tragen zur Artenvielfalt in städtischen Gebieten bei. Durch die Integration von Wasserflächen, Beschattungen und Luftschneisen kann die Hitzeentwicklung in Stadtteilen verringert werden.
- Die **Holzbauweise** wird gefördert, nicht nur bei Aufstockungen von Gebäuden, sondern auch im Mehrfamilien-Hausbau.
- Die **Beratung** von Eigentümer*innen über **Fördermöglichkeiten für energetische Modernisierung** wird intensiviert. Dies kann mit der Verlängerung von Belegungsbindungen verknüpft werden.
- Die **Umwandlung von Vorgärten** in Schotterflächen oder Parkplätze wird konsequent unterbunden.
- Beim Neubau von Gebäuden – insbesondere Schulen, Kitas, Senioreneinrichtungen und Einrichtungen des Gesundheitswesens – sollen verpflichtend Möglichkeiten zur Beschattung durch außenliegende Rollläden, Jalousien o.ä. eingebaut werden. Die stadteigenen Wohnungsbaugesellschaften sowie die Gebäudewirtschaft verwenden bei ihren Gebäuden keine dunklen Fassadenanstriche.
- Wir fördern **Wohnungstauschbörsen**, um eine zusätzliche Plattform zu schaffen, die eine bedarfsgerechte, niedrighschwellige und unbürokratische Wohnraumverteilung möglich macht. Insbesondere soll die Vermittlung des für die jeweilige Lebenssituation **benötigten** bezahlbaren Wohnraums verbessert

werden. Auch eine Unterstützung beim Wechsel in eine kleinere Wohnung, z.B. im Alter, soll angeboten werden – ebenso für die Regelung von Untervermietungen. Es ist zu prüfen, wie wechselwillige Mieter*innen unterstützt werden können, wenn der Wohnungswechsel zu einer höheren Miete führt.

- **Wir setzen bei der Überwindung von Obdachlosigkeit auf das Housing First-Konzept:** Die Stadt kauft gezielt Hotels und andere Liegenschaften (z.B. durch den Kauf des Bordells Pascha), um als Regelversorgung bei Obdachlosigkeit einen Bestand an geeigneten kleinen, menschenwürdigen Wohnungen aufzubauen. Als kurzfristige, zeitlich begrenzte Notfallunterbringungen, die bezüglich der Ausstattung und des Personals dringend ausbaubedürftig sind, sind darüber hinaus auch Einfachunterkünfte und Container mit abschließbaren Wohneinheiten für Alleinstehende, Paare und Familien, auch mit Hunden, notwendig. Als drittes Element kommen alternative Lösungen für Menschen hinzu, die als nicht mietfest gelten, wie Tiny Houses, Mobile Homes und betreutes Wohnen. Wir müssen in Köln weg von den sehr teuren Anmietungen von Hotels.
- Die Liegenschaftsverwaltung soll **städtische Grundstücke ausweisen**, auf denen soziale Träger, karitative Einrichtungen oder bürgerschaftliche Initiativen entsprechende Unterkünfte einrichten können.
- Für Obdachlose aus Südosteuropa sollen Maßnahmen aus dem Programm „Willkommen in Köln“ angewandt werden.
- Daneben muss ein **niederschwelliges, psychologisches, medizinisches und sozialarbeiterisches Betreuungsangebot der Stadt** bereitgestellt werden, um negative Auswirkungen für Hausgemeinschaften, Nachbarschaften und Siedlungen zu verhindern.
- Die KölnSPD steht für eine **konsequente Nutzung der Belegungsvereinbarung** mit der Wohnungswirtschaft, um sicherzustellen, dass bestimmte Gruppen untergebracht werden. Besonders für Familien, die sich aus einem Mietvertrag ergebende Pflichten einhalten können, ist der Anschluss in ein reguläres Mietverhältnis zu ermöglichen. Hierfür sind Belegrechte an Wohnungen in bedarfsdeckendem Umfang vorzuhalten und zu erwerben.
- Für **Familien mit Kindern in Wohnungsnot** richtet die Stadtverwaltung eine ämterübergreifende Fallkonferenz ein, bei der alle relevanten Akteur*innen Wohnungsnotfälle von Familien ohne konkrete Anschlussversorgung mit Entscheidungskompetenz besprechen und die passgenaue Wohnraumversorgung festlegen. Bei der Wohnraumversorgung und der Bereitstellung der Unterstützungsleistung muss der Bedarf des Kindes vorrangig berücksichtigt werden. Das Instrument der Beschlagnahmung und Wiedereinweisung ist unter Ausnutzung aller rechtlichen Spielräume zu nutzen,

um den betroffenen Familien ein Dach über dem Kopf und den Kindern das Verbleiben in ihrem gewohnten Umfeld zu sichern, wenn geeignete Ersatzwohnungen nicht verfügbar sind.

- Für Familien, die aus einem Mietvertrag sich ergebende Pflichten nicht einhalten können, sind ausreichend Wohnraumkapazitäten im kommunalen Wohnversorgungsbetrieb vorzuhalten. Diese Zielgruppe muss dabei durch Fachkräfte der sozialen Arbeit und andere Unterstützungsangebote intensiv und passgenau begleitet werden. Das Liegenschaftsamt prüft, welche Liegenschaften und Flächen für ein adäquates Angebot zur Wohnraumversorgung in Frage kommen und zur Verfügung stehen. Die Stadt sorgt für mehr sozialarbeiterisches Personal in den Fachämtern.
- Wir werden das **Auszugsmanagement** auf Wohnungsnotfälle in den Beherbergungsbetrieben sowie Beratung von potenziellen Vermieter:innen ausweiten.
- Wir setzen uns für die **Ermächtigung selbstverwalteter Initiativen** ein, da wir der festen Überzeugung sind, dass damit eine nachhaltige Verbesserung der Lebensverhältnisse erreicht werden kann. Natürlich geht dies nicht ohne professionelle sozialarbeiterische Unterstützung und die Gewissheit, dass man am Ort bleiben kann und das Gebäude nicht wieder verlassen muss.

Das dauert ein bisschen länger:

- Wir drängen die Stadt, sich beim Land dafür einzusetzen, dass die **Fehlbelegungsabgabe in Köln wieder eingeführt** werden kann.
- Wer seine Wohnung illegal vermietet (**Zweckentfremdung, z.B. durch AirBnB**), muss künftig noch **härter bestraft** werden. Die Maßnahmen nach Wiederaufnahmeverfahren nach Wohnraumschutzsatzung werden wir konsequenter umsetzen. Dafür wollen wir uns auch beim Landesgesetzgeber einsetzen.
- Wir werden beim Bund darauf drängen, **im sozialen Wohnungsbau einen dritten Förderweg C für preisgedämpften Wohnungsbau anzulegen**. Darüber soll auch für Haushalte mit mittleren Einkommen, die über den bisherigen Fördersätzen A und B liegen, preisgünstiger Wohnraum geschaffen werden.
- Viele Städte sind heute sehr dicht bebaut; die versiegelte Fläche ist dementsprechend hoch. Die Folge: Städte wie Köln kämpfen bedingt durch den Klimawandel immer häufiger mit Starkregen und Überschwemmungen. Die Kanalisation ist mit den Wassermassen überfordert. Deshalb müssen wir **Köln – wo immer möglich - zu einer Schwammstadt weiterentwickeln**, die in der Lage ist, große Mengen an Wasser aufzunehmen und zeitverzögert wieder abzugeben. Sammelbecken, Zisternen, Mulden und Retentionsflächen in öffentlichen Grünanlagen sollen ausgebaut und somit die Gefahren bei

Starkregen gemindert werden. Mit Förderprogrammen soll die Anschaffung und Nutzung von Zisternen zur Bewässerung von Grünflächen mit Regenwasser angekurbelt werden.

- Dazu gehört auch, stärker darauf zu achten, dass Flächen ausgewogen versiegelt bzw. nicht versiegelt werden. **Langfristig wird eine Verminderung der Flächenversiegelung angestrebt.** Um die Flächenversiegelungen in unserer Stadt in einem möglichst ausgewogenen Verhältnis zu belassen, soll ein Flächenkataster angelegt werden, welches alle versiegelten Flächen inkl. der aktuellen Nutzung erfasst. Auf dessen Basis sollen im nächsten Schritt Flächen ermittelt werden, die kurzfristig entsiegelt werden können.
- **Klimafreundliche Materialwahl:** Es sollten so weit wie möglich beim Bau neuer Quartiere umweltfreundliche Baustoffe wie Holz oder recycelte Materialien verwendet werden. Auf die Minimierung energieintensiver Materialien wie Beton und Stahl sollte geachtet werden. Dafür müssen auch öffentliche Mittel bereitgestellt werden. Konzepte der Kreislaufwirtschaft, wie die Wiederverwendung von Baustoffen aus Abbruchhäusern oder der Einsatz recycelbarer Materialien, können Ressourcen schonen.
- Neue Stadtteile können mit **intelligenten Stromnetzen** ausgestattet werden, die es ermöglichen, den Energieverbrauch zu optimieren und überschüssigen Strom aus erneuerbaren Energien effizient zu nutzen.
- Die Stadt Köln soll die effektivere Nutzung von Strom und Wärme fördern. Um einen Großteil der CO₂-Reduktion rasch, effizient und kostengünstig für Eigentümer und Mieter zu erreichen, kann der Fokus zunächst auf einer CO₂-armen Wärmeerzeugung liegen. Ziel ist es, möglichst schnell und effektiv viele Bestandsbauten zu sanieren und nicht nur wenige auf die höchsten Effizienzstandards zu bringen. Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften sollen dabei eine Vorreiterrolle einnehmen und ihre Erfahrungen mit Wohnungsgenossenschaften und Eigentümer:innen teilen.

BILDUNG

Auf den Anfang kommt es an – Bildungschancen eröffnen Lebenschancen

In Köln leben rund 176.000 junge Menschen unter 18 Jahren, das sind 18% aller Kölner*innen. Alle diese Kinder und Jugendlichen brauchen gute Kitas, Schulen, Berufskollegs und Hochschulen. Doch es gibt zahlreiche Hindernisse und Schwierigkeiten für gute Bildungsbiographien in Köln, angefangen von Platznot in Kitas und Schulen, Anmeldechaos für Erstklässler über fehlendes Personal bis hin zu maroden Gebäuden, Raumnot und fehlender Ausstattung, insbesondere auch bei der Digitalisierung.

Die aktuelle Situation in den Kitas hat sich durch den Fachkräftemangel in den letzten Jahren deutlich verschlechtert. Verkürzte Betreuungszeiten und die Schließung von Gruppen sind die Folgen. Trotz des Ausbaus an Kita-Plätzen wird die Quote in einigen Stadtbezirken nicht erreicht, das betrifft besonders Chorweiler, Mülheim und Porz. Dort fehlt ein den Bedarfen der Familien entsprechendes, wohnortnahe Angebot, in steigendem Maße für die Kleinstkinder ab 12 Monaten bis 3 Jahren (Gruppentyp II).

Der Übergang von der Kita in die Schule gestaltet sich für viele Familien oft schwierig: Es fehlen in vielen Veedeln wohnortnahe Grundschulplätze, bedarfsgerechter Neubau kommt zu langsam voran und die pädagogische Qualität leidet unter den vielen Interimslösungen in übervollen Schulen. Einen Platz an der Wunschgrundschule zu bekommen, heißt zudem nicht, auch einen Platz im Offenen Ganztage zu erhalten. Die Einrichtung von Mehrklassen zur Schaffung von benötigten Schulplätzen beinhaltet keine Plätze im Offenen Ganztage! Gerade vor dem Hintergrund des ab 2026 geltenden Rechtsanspruchs auf einen OGS-Platz sind die Herausforderungen enorm. Das betrifft die Räumlichkeiten an den Schulen, besonders bei der Mittagsverpflegung (Mensa), und ähnlich wie bei den Kitas findet sich nur noch schwer qualifiziertes Personal. Der Wechsel auf weiterführende Schulen wird jährlich zur Schulplatzlotterie und zu einem unzumutbaren Anmeldemarathon für Kölner Familien.

Ist ein Platz in Kita, Grundschule, weiterführender allgemeinbildende bzw. berufsbildender Schule gefunden, sind Kinder, Jugendliche und Personal mit unzureichender Ausstattung konfrontiert, leiden unter dem Sanierungsstau bei Gebäude und Räumlichkeiten, der zu oft unzumutbaren Lern- und Aufenthaltsbedingungen führt, und unter dem schleppenden Ausbau leistungsfähiger Strukturen für Digitalisierung. An den Gymnasien wird sich durch die Rückkehr zu G9 ab 2026 die Raumnot noch einmal drastisch verschärfen, da die absehbar notwendige Erweiterung an den meisten Schulstandorten versäumt wurde.

Die Ausstattung der Kölner Bildungseinrichtungen entspricht nicht den Anforderungen eines modernen Bildungssystems. Davon sind Kinder und Familien aus ohnehin schon benachteiligten Veedeln und Quartieren besonders stark betroffen.

Wir wollen, dass diese Misere endlich wirksam bekämpft wird. Unsere Kinder sollen endlich die gute und gerechte Bildung bekommen, die sie verdienen und die unsere Stadt dringend braucht. Deshalb stehen wir für diese bildungspolitischen Ziele:

- **Finanzierung:** Kostenfreie Bildung ist nicht umsonst und auch nicht umsonst zu haben! Bildung als wichtigste Zukunftsressource darf nicht an finanziellen Barrieren scheitern. Wir setzen uns daher für eine grundlegende Neuordnung der Bildungsfinanzierung in Deutschland ein.
Nach einer Anschubfinanzierung muss das gesamte Bildungssystem auf neue, starke Finanzsockel gestellt werden. Derzeit ist Bildung deutschlandweit dramatisch unterfinanziert. Hier sind neben den Kommunen vor allem das Land NRW, aber auch der Bund in der Pflicht, die notwendigen Mittel bereit zu stellen. Für alle Kinder und Jugendlichen brauchen wir endlich eine kostenfreie Bildung, die die nötige Lern- und Ausbildungsqualität für alle ermöglicht. Echte Lernmittelfreiheit und die Abschaffung von KiTa- und OGS-Elternbeiträgen etc. gehören z.B. dazu.
- **Fachkräfteoffensive:** Gute Bildung braucht gutes Personal. Als grundlegende Gelingensbedingung ist eine fundierte Ausbildung sowie die Fort- und Weiterbildung des Personals zwingend erforderlich. Kosten für erforderliche Qualifizierungen für Quereinsteiger oder Kindertagespflegepersonen werden übernommen, die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen muss erleichtert und beschleunigt werden. Eine tarifgerechte Bezahlung ist obligatorisch. Darüber hinaus müssen die Arbeitsbedingungen wie z.B. Personalschlüssel optimiert werden. Um leistungsschwachen wie auch leistungsstarken Kinder gerecht werden zu können, braucht es multiprofessionelle Teams, die die immer anspruchsvollere Erziehungs- und Bildungsaufgabe erfüllen können. Damit diese ihren pädagogischen Aufgaben gerecht werden können, wird auch die Unterstützung durch Verwaltungsfachkräfte sowie die Verstetigung des Einsatzes von Alltagshelfern in den Kitas benötigt. Wir wollen, dass die Stadt Köln als attraktiver Arbeitgeber die Möglichkeiten von Fortbildung, Qualifizierung, und Arbeitszeitgestaltung sowie Aufstiegschancen für ihre Fachkräfte nutzt. Auch Schulen und Hochschulen brauchen Unterstützung durch personelle Aufstockungen. Während in Schulen große Klassen kaum Raum lassen für eine individuelle Begleitung der Schüler*innen, leiden die Mitarbeitenden an

Hochschulen unter dem immensen Arbeitsstau und der Betreuung der steigenden Studierendenzahlen.

- **Infrastruktur/Räumliche Ausstattung:** Die Stadt Köln als Schulträger hat für ausreichende Einrichtungen mit bestmöglicher und moderner Ausstattung zu sorgen. Die Raumkonzepte der Bildungseinrichtungen müssen quantitativ und qualitativ hochwertig sowie alters- und fachkräftegerecht sein - gerade vor den Herausforderungen einer wachsenden Stadt, des Rechtsanspruchs auf einen KiTa-Platz und ab 2026 auf einen Platz im Offenen Ganztage. Zeitgemäße digitale Ausstattung schon ab der KiTa bis zu Berufskolleg/Hochschule setzt eine passgenaue, strukturelle, technische und personelle Ausstattung voraus. Bildung zukunftsfähig zu gestalten, bedeutet neue Technologien zu nutzen, damit analoge wie auch virtuelle Lernangebote für alle Kinder möglich sind. Entsprechende Apps erleichtern die Kommunikation zwischen allen am Bildungsprozess Beteiligten. Zur Infrastruktur gehört auch der Ausbau Jungen Wohnens: Vielen Auszubildenden und Studierenden wird der Start in die Ausbildung erschwert, weil sie keinen Wohnraum finden. Notschlafstellen in Turnhallen für Studierende dürfen nicht zur Regel werden. Die Stadt muss Flächen/Grundstücke oder Immobilien gemeinsam mit den Ausbildungsstätten/Kammern oder Studierendenwerken in den Blick nehmen und zur Verfügung stellen.

- **Digitale Bildung: Von Konsument:innen zu digitalen Macher:innen: Verlässliche IT-Infrastruktur für Kölns Kitas und Schulen!**

Selbst Jahre nach der Coronazeit müssen wir feststellen: Unsere Bildungseinrichtungen sind noch immer nicht in einem Zustand, der Lehrenden und Lernenden die grundlegende digitale Infrastruktur bereitstellt, die einen souveränen Umgang mit den Technologien, die unser aller Leben immer stärker und schneller verändern, garantiert.

Wir werden deshalb die Schul-IT gemeinsam mit der städtischen Tochter NetCologne und NetCologne IT Services ausbauen und fortentwickeln, um neben der technischen Infrastruktur und der entsprechenden Betreuung digitales Lernen an allen Schulen zu ermöglichen. Dabei stellen wir sicher, dass unsere Daten nicht kommerziell genutzt werden, sondern der Daseinsvorsorge dienen – zum Beispiel für den Bau neuer Schulen.

Damit digitales Lernen Teil des schulischen Alltags wird, richten wir außerdem eine Task Force ein. Diese wird sich nicht nur um die technische Ausstattung von Schulen und Schüler*innen kümmern, sondern auch um die Unterstützung der Lehrkräfte. Ziel ist es, den Umgang mit neuen Technologien – bspw. KI-gestützten Sprachmodellen – zu erleichtern. Um Fehlentwicklungen wie überladene Lehrpläne oder unüberlegte KI-Abos und vorschnelle Gerätekäufe zu vermeiden,

binden wir die Expertise unserer Hochschulen in die Taskforce ein. So schaffen wir eine solide Grundlage für zukunftsorientiertes Lernen in Köln.

- **Längeres gemeinsames Lernen:** Was bereits in KiTa und Grundschule seit langen Jahren akzeptiert ist und gut funktioniert, muss auf den weiterführenden Schulen möglich sein. Gerade in Köln ist der Trend zur Gesamtschule ungebrochen. Gesamtschulen leisten wichtige integrative Arbeit: SchülerInnen aus allen sozialen Schichten und auch aus geflüchteten Familien lernen gemeinsam und erwerben gute und auch höhere Abschlüsse.

Gesamtschulen leisten die meiste Inklusionsarbeit in Köln. Sie müssen besser unterstützt werden: Gerade für ihre SchülerInnen ist es wichtig, dass sie in modernen, gut ausgestatteten und optisch ansprechenden Gebäuden lernen können. Wir streben an, dass Gesamtschulen, die noch auf zwei Standorte aufgeteilt sind (GS Lindenthal, Innenstadt, Mülheim, Kalk), zusammengeführt werden; dass Gesamtschulen, die in heruntergekommenen alten Gebäuden von Realschulen und Hauptschulen und Baracken untergebracht sind, sofort umfassend renoviert werden und die nötigen Zusatzbauten erhalten.

Viele Jahre mussten wegen Platzmangel jährlich 700 bis 1000 SchülerInnen von Gesamtschulen abgelehnt werden. Durch Neugründungen im vorigen Jahr konnten diese Zahlen reduziert werden. Es muss in Zukunft darauf geachtet werden, dass in allen Stadtbezirken genügend Gesamtschulplätze zur Verfügung stehen. Die KölnSPD setzt sich dafür ein, dass für NRW ein generelles Abschulungsverbot angestrebt wird: alle Schulen sollen weg vom Sitzenbleiben hin zu einer Kultur des Behaltens gehen.

Der Schulbau muss mit Priorität vorangetrieben werden. Ausreichende Schulplätze ermöglichen kleinere Klassen und Lerngruppen. Dabei sollen alle Möglichkeiten erschlossen werden, bestehende Gebäude zu erschließen und Baugrund prioritär für Schulbau zu denken. Die Qualität einer Bildungslandschaft für Köln geht auch hier einher mit Quantität, um ein zukunftsfähiges Bildungsangebot für die Stadt zu schaffen.

- **Inklusion:** Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, ist Pflicht, keine Kür. Unabhängig von den vielfältigen individuellen Voraussetzungen, von Herkunft und Wohnort, ob mit Förderbedarf oder Migrationsbiographie muss jedem Kind ermöglicht werden, die eigenen Talente entdecken und entwickeln zu können.

Der Inklusion kommt hier im Respekt vor allen Kindern ein besonderer Stellenwert zu. Wir wollen neue kreative Wege finden, diese gesellschaftliche Aufgabe in Kitas und Schulen an allen Schulformen verbindlich zu machen, die Familien und Pädagog:innen zu unterstützen und neue Schulgründungen und Schulbauten immer inklusiv zu denken und zu errichten. Dabei sollen spezielle

Bedarfe vor Ort berücksichtigt werden und Möglichkeiten von „Schule in Schule“ in der Zusammenarbeit mit externen Partnern möglich sein. Wir verstehen Inklusion als positive Perspektive für alle in der Stadtgesellschaft.

Die Stadt muss die Taxikosten für Kinder mit Behinderung übernehmen, wenn sie eine Inklusionsschule besuchen. Heute geschieht das zuverlässig nur, wenn sie auf eine Förderschule gehen. Deshalb können sich viele Eltern Inklusion nicht leisten, weil sie arbeiten gehen und die Kinder nicht bringen können.

Die Beantragung individueller Hilfen (z.B. Inklusionshelfer*innen) soll künftig für jedes Kind mit Förderbedarf nur noch bei einem einzigen Amt erfolgen, das auch die Begleitung über die gesamte Bildungslaufbahn hinweg übernimmt. Die Unterstützung orientiert sich am Bedarf der Kinder und nicht am Ziel der Kosteneinsparung.

Die KölnSPD setzt sich auf Landesebene dafür ein, auskömmliche Personalschlüssel und Sachmittel einzufordern. Alle Bildungseinrichtungen sollen ausreichend unterstützt werden, vom Konzept bis zu Umsetzung. Dafür müssen Qualitätsstandards gesetzlich festgeschrieben werden. Schulbegleiter*innen ohne pädagogische Ausbildung müssen künftig eine Schulung absolvieren, die sich an der Qualifizierung der Ergänzungskräfte im OGS orientiert.

- **Geschlechtersensible Pädagogik und Diversität** in allen Bildungseinrichtungen sind wichtige Bausteine, um eine gerechte Bildungsumgebung für alle Kinder zu schaffen. Erziehung und Bildung wird dabei so gestaltet, dass sie die unterschiedlichen Bedürfnisse und Potenziale aller Geschlechter berücksichtigt. Sie fördert soziale Kompetenzen und das Verständnis von Vielfalt, Respekt und Toleranz. Entsprechende Schulungen für die Fachkräfte und geeignete Materialien sind dafür bereitzustellen.
- **Vielfalt als Ressource nutzen.** Kinder mit unterschiedlichen kulturellen Erfahrungen und Familiengeschichten sind eine Bereicherung für unsere Stadt. Dies bedeutet, dass die Kinder und ihre Familien wertgeschätzt und gesehen werden. Die Mehrsprachigkeit ist dabei als Chance anzuerkennen und unterstützt die Kinder in ihrer Identitätsentwicklung.
Kitas und Schulen sind ein Ort für Familien, die diese unterstützen und begleiten bei der Erziehung und Bildung. Sie sind eine Anlaufstelle, an der Familien auch Unterstützung erhalten, um zu wissen, wohin sie sich wenden können. Jede Kita ist ein Familienzentrum.
- **Familien und Bildungseinrichtungen unterstützen:** Die KölnSPD unterstützt die Familien im Bildungs- und Ausbildungsprozess mit der weiteren Einrichtung von Familienbildungszentren, zunächst prioritär an Grundschulen und dort, wo aufgrund der sozialen Lage Bedarf ist. Dazu gehört eine auskömmliche

Versorgung durch Schulsozialarbeiter, Beratungspersonal und Beratungskonzepte. Die guten Ansätze in Köln müssen in die Fläche gehen.

- **Auf den Anfang kommt es an.** Alle Kinder in Köln brauchen den Zugang zur Frühkindlichen Bildung. Der Rechtsanspruch auf frühkindliche Bildung ab dem 1. Lebensjahr muss für alle Kinder verwirklicht werden. Dies bedeutet einen Ausbau der Plätze ab dem 1. Lebensjahr sowie eine Unterstützung und Begleitung von Familien, für die der Zugang zur frühen Bildung eine Herausforderung ist. Von Armut betroffene, bildungsbenachteiligte und auch Familien mit Einwanderungsgeschichte benötigen eine Begleitung und Unterstützung. Der Ausbau findet vorrangig in Stadtteilen mit einer unterdurchschnittlichen Versorgung statt (Stadtbezirke Chorweiler, Mülheim, Kalk).
- **Stadt Köln als Träger von Kitas.** Die Stadt Köln als größter Träger von Kitas in Köln hat eine besondere Verantwortung für die Kinder und Eltern in ihren Einrichtungen. Familien brauchen Sicherheit/Verlässlichkeit für die Bildung und Betreuung. Notwendig sind dafür transparente, für Eltern planbare Notfallkonzepte, die Chancengleichheit in der Bildung und besondere Notlagen bei Eltern zur Gewährleistung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie berücksichtigen.
- **Übergänge gestalten** Durch die unzureichenden Kita-/Schulangebote ist für Kinder und Eltern jeder Übergang unsicher. Für eine gute Bildungsbiografie ist Verlässlichkeit und Sicherheit wichtig. Sonst können sich schon früh in der Bildungsbiografie Vorurteile aufbauen. Frühzeitige Informationen, rechtzeitige Unterstützung und Beratung müssen bei allen Übergängen von der Kita über Schule bis zur Berufs-/Hochschule selbstverständlich sein.
- **Wir stärken das Duale Ausbildungssystem und fördern die Berufskollegs.** Die berufliche Bildung ist das Fundament unserer wirtschaftlichen Entwicklung: ohne qualifizierte Ausbildung kein Wachstum in der Wirtschaft und keine Steuereinnahmen für die Stadt. Berufskollegs werden seit Jahrzehnten vernachlässigt. Das Lernen und Lehren ist an den meisten Kölner Schulen eine Zumutung für die gesamte Schulgemeinschaft.
Wir sorgen deshalb für eine grundlegend bessere Ausstattung der beruflichen Schulen, auch im digitalen Bereich. Die technische und digitale Ausstattung muss absolut top sein und mit dem technischen Fortschritt der Ausbildungsbetriebe mithalten. Schulische Angebote wollen wir dort erweitern, wo der künftige Arbeitsmarkt und der neueste Stand der Technik es erfordert.
Die Förderung und Unterstützung von benachteiligten Jugendlichen auf ihrem Weg zu einem erfolgreichen Berufsleben findet vor allem in den Berufskollegs statt, die dafür beste Lernbedingungen benötigen und in gleicher Weise wie die allgemeinbildenden Schulen gefördert werden müssen.

- **Wir fördern den Zweiten Bildungsweg**, der es Jugendlichen und Erwachsenen ermöglicht, allgemeinbildende und weiterführende Schulabschlüsse zu erwerben bzw. nachzuholen. Biographische Brüche, Flucht und Migration oder der Wunsch dem Leben eine neue Richtung zu geben, erfordern ein Angebot zum Nachholen von Schulabschlüssen, verbunden mit unterstützenden Angeboten zur beruflichen und gesellschaftlichen Integration.
- **Weiterbildung:** Für lebenslange Bildung und persönliche wie berufliche Weiterentwicklung spielt die Weiterbildung eine wichtige Rolle. Die Beschäftigungsverhältnisse der Lehrkräfte sind in diesem Bereich jedoch bundesweit oft prekär. An der VHS Köln und ähnlichen städtischen Bildungseinrichtungen setzen wir uns für Festanstellungen aller Lehrkräfte, auch in Integrations- und Berufssprachkursen (= Deutschkurse für Migrant*innen) sowie für arbeitnehmerähnlich beschäftigte Lehrkräfte ein. Diese Kräfte erarbeiten oftmals ihr gesamtes Einkommen in Deutschkursen oder weiteren Kursen und erfüllen wichtige, dauerhafte Aufgaben für ein gelingendes Miteinander und gegen den Fachkräftemangel. Bei Lehrkräften in anderen Kursen mit kleinerem Stundenumfang sollen die Honorare dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst entsprechen.

UNSERE MAßNAHMEN:

Sofort:

- **Fachkräfteoffensive:** Die Stadt Köln als attraktiver Arbeitgeber nutzt die Möglichkeit von Fortbildung, Qualifizierung /Arbeitszeitgestaltung sowie Aufstiegschancen für ihre Fachkräfte
- **Imagekampagne** für Erziehungsberufe
- **Unterstützung** durch Verwaltungsfachkräfte sowie die Verstetigung des Einsatzes von Alltagshelfern in den Kitas und Schulen, damit diese ihren pädagogischen Aufgaben nachkommen können
- **Verbesserung der Information** zur Kinderbetreuung für U3 (Kindertagespflege und Kitaplätze)
- **Anmeldesystem** über Anbieter Little Bird ausgestalten und besser nutzbar machen. Wir prüfen einen Ausbau für die Schulplatzvergabe.
- **klare Fristen** zur Entscheidung über Platzvergabe vor dem Beginn des Kita-Jahres
- **Unterstützung und Begleitung** von Familien, für die der Zugang zur frühen Bildung eine Herausforderung ist
- **Parallel zur Kita:** Deutschkurse für Eltern
- **Unterstützungs- und Begleitungssysteme** für Familien von der Geburt bis zum Übergang in Berufsbildende Schulen / Hochschulen ggf. auch darüber hinaus

- weitere Einrichtung von Familienbildungszentren, zunächst prioritär an Grundschulen und dort, wo aufgrund der sozialen Lage Bedarf ist
- Kurzfristig eine gerechtere Staffelung der Elternbeiträge für Kita und Ganzttag mit dem Ziel der Abschaffung für alle Einkommen
- Information und Beratung über Rechtsanspruch OGS mind. ein halbes Jahr vor Schulanmeldung
- Bei Informationsveranstaltungen zum Übergang in weiterführende Schulen Berufskollegs mit einbeziehen

In den nächsten 5 Jahren:

- Echte Lernmittelfreiheit und die Abschaffung von KiTa-/OGS Elternbeiträgen etc.
- Mensen und Essensmöglichkeiten an den Schulen verbessern
- Zeitgemäße digitale Ausstattung ab der KiTa bis zu Berufskolleg/Hochschule durch passgenaue, strukturelle, technische und personelle Ausstattung
- Den Schulbau mit Priorität vorantreiben, Sanierungsstau an allen Bildungseinrichtungen auflösen
- Ausbau der Kita Plätze ab dem 1. Lebensjahr
- Weitere Gesamtschulgründungen - insbesondere im Rechtsrheinischen.
- Inklusive Schulplätze auch an Gymnasien
- Partizipation von Vereinen und Institutionen mit den Schulen und an den Schulen weiter ausbauen
- Coaching und Monitoring für benachteiligte Kinder im Einverständnis mit den Sorgeberechtigten ermöglichen
- Antragswesen für Eltern und Schüler:innen bündeln und entbürokratisieren.
- Vergütung der Kindertagespflegepersonen bedarfsgerecht anpassen durch die Anpassung der Sachkosten an die Kostenentwicklung und die Vergütung für die pädagogische Leistung an die jährliche Tarifentwicklung für Kinderpfleger*innen im TVD.
- Für Demokratie lernen, Teilhabe, Diversität und geschlechtersensible Pädagogik werden Qualitätsstandards verankert.
- Weiterführung der Ausweitung des PIA-Modells
- Anlaufstelle für Jugendliche, Familien, Träger und Ausbildungsbetriebe zur Unterstützung und Beratung
- Kinderbetreuung für Auszubildende und Studierende ausbauen
- Schulsozialarbeit an jeder Schule
- Vertragsbedingungen und Bezahlung für Honorarkräfte an VHS und Musikschulen verbessern, Honorarverträge in originäre Arbeitsverträge umwandeln und Personal standard- und tarifgerecht eingruppieren

VERKEHR & MOBILITÄT

Einsteigen! Für eine wirkliche Mobilitätswende in Köln

Die Mobilitätswende läuft. Und die KölnSPD gestaltet sie im Lichte unserer Grundwerte: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Freiheit, weil die Menschen mobil sein wollen. Gerechtigkeit, weil Mobilität mehr ist als Wege und Schienen – sie schafft gesellschaftliche Teilhabe. Und Solidarität, weil die auskömmliche Finanzierung einer modernen Mobilität nur gemeinsam gelingen kann. Wir arbeiten gemeinsam an einer besseren Mobilität für die Menschen unserer Stadt und der Region.

Wie wir unsere Mobilität planen, finanzieren und persönlich leben, das ist eine der Schlüsselfragen beim Umbau unserer fossilen Gesellschaft hin zu gerechter Klimaneutralität. Dabei alle mitzunehmen und solidarisches Handeln aus rationaler Erkenntnis zu entwickeln, dafür steht die KölnSPD.

Seit‘ an Seit‘ mobil - Mobilitätswende geht nur gemeinsam

Sozialdemokratische Mobilitätspolitik ist geleitet davon, dass alle Kölnerinnen und Kölner und Hunderttausende Pendler*innen zügig, pünktlich, komfortabel, bezahlbar, leise und klimaschonend zur Arbeit, in die Kita, Schule oder zum Ausbildungsplatz, zum Einkaufen, zu Kulturorten und Sportstätten, zu Besuchen in unserer Stadt und wieder nach Hause gelangen möchten. Unterschiedliche Gruppen haben unterschiedliche Mobilitätsbedürfnisse. Daher stellen wir sicher, dass z.B. auch die Bedürfnisse von Frauen, Familien und Jugendlichen bei der Mobilitätsplanung ausreichend berücksichtigt werden. Das geht nur gemeinsam, nicht gegeneinander. Um das zu erreichen, muss das Mobilitätsangebot in Köln mutig weiterentwickelt werden - mit Klartext und ohne Marketingsprache. Das sozialdemokratische Herz der Mobilitätswende schlägt für solidarische und kollektive Lösungen, die allen zugutekommen. Unabhängig von Einkommen, Geschlecht, Alter, Beruf, Wohnort und Status.

Der Rhein darf kein trennendes Element in unserer Stadt sein. Wir wollen die Mobilität über den Rhein durch eine besser koordinierte Sanierung und Neubau von städtischen Brücken erhöhen. Außerdem setzen wir uns für den Erhalt und Ausbau von Fährverbindungen sowie Wasserbussen in Köln ein. Eine leistungsfähige Mobilität ist auch ein Schlüssel zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in einer wachsenden und vielfältigen Stadt. Besonders in den Stadtbezirken Chorweiler, Kalk, Mülheim und Porz besteht großer Bedarf zur Verbesserung und zur besseren Vernetzung untereinander und mit der Innenstadt.

FUßVERKEHR

Sofort:

1. Der Fußgängerbeauftragte muss in seiner Funktion gestärkt und eigenständiger in der Arbeit werden. Im ersten Schritt sind genügend Personalressourcen bereitzustellen.
2. Fußwege müssen freigehalten und Gehwegparken konsequent sanktioniert werden. Dort, wo Platz ist, werden stadtweit Bänke aufgestellt, um mehr Erholungsmöglichkeiten zu bieten.
3. Leihfahrzeugen sollen verbindliche Abstellflächen zugeordnet werden, damit sie nicht den Gehweg versperren.

In den nächsten 5 Jahren:

1. Alle Kölner Schulen erhalten einen unter Beteiligung von Schüler*innen erarbeiteten Schulwegplan, der von der Verwaltung umzusetzen sind. Wir unterstützen dabei ausdrücklich das Instrument der Schulstraßen zur zeitweisen Sperrung für den Autoverkehr.
2. Wir gestalten Stadtteilzentren so um, dass sie für Fußgänger*innen attraktiv sind.
3. Ausgehend von der Innenstadt werden kleinräumige Umgebungskarten aufgestellt, um Wege und Entfernungen aufzuzeigen.
4. Jährlich soll pro Stadtbezirk eine gefährliche Kreuzung fußgängerfreundlich umgestaltet werden. Haupttrouten für den Fußverkehr werden entsprechend ausgeschildert.
5. Wir sorgen dafür, dass Angst-Räume in Köln systematisch identifiziert und konsequent beseitigt werden.

Langfristig:

1. Dem Vorbild anderer europäischer Metropolen folgend soll in dichten Stadtvierteln das Konzept von Superblocks erprobt werden, um Sicherheit und Aufenthaltsqualität in Nebenstraßen zu erhöhen.

FAHRRADVERKEHR

Sofort:

1. Köln braucht endlich eine sichere Infrastruktur für den Radverkehr. Dafür wollen wir jährlich 20 Euro pro Einwohner*in ausgeben.
2. In allen Wohngebieten, wo es die Straßenbreite erlaubt, soll eine gegenläufige Öffnung für den Radverkehr vollzogen werden.

3. Was in Köln bereits in Angriff genommen ist, soll transparent werden: Alle geplanten Maßnahmen werden digital zugänglich gemacht. Zu jeder Maßnahme werden Planungsstand, Ansprechpartner*innen, Kosten und Zeitplan hinterlegt.

In den nächsten 5 Jahren:

1. Wir werden den Ausbau der RadPendlerRouten beschleunigen. Sie sollen das Umland an die Stadt anbinden und möglichst geradlinige Streckenverläufe haben. Enge Ortsteilzentren, die der örtlichen Versorgung dienen, sollen von ihnen möglichst umfahren werden.
2. Auf vielen Straßen Kölns ist eine Stärkung des Radverkehrs durch eine Neuverteilung der Flächen möglich. Analog zu „RingFrei“ wollen wir bei mehr Straßen Spuren für den Radverkehr nutzen. Wir wollen dazu in verkehrsarmen Zeiten regelmäßige Aktionswochen für neue Straßenmarkierungen anstoßen. Die Stadtteilzentren dienen der örtlichen Versorgung und werden weitgehend von Radpendler*innen befreit. Gleichzeitig werden, wo möglich, Autoparkplätze zu Radparkplätzen umgewidmet.
3. An allen Hauptverkehrsstraßen wollen wir vor den Ampeln Aufstellflächen für den Radverkehr schaffen, um Unfälle von Autos mit Fahrrädern zu vermeiden.
4. Wir streben eine Kooperation der Leihradangebote von KVB-Rad bzw. Nextbike und FordPass Bikesharing an.
5. Für e-Scooter wollen wir stadtweit verbindliche Abstellflächen festlegen, die Buchung über ein zentrales Buchungssystem einführen und die Verleihfirmen von E-Scootern zur prinzipiellen Feststellung der Identität Ihrer Nutzer:innen bei der Anmeldung (mittels Personalausweis oder Führerschein) verpflichten. Wird dieser Pflicht nicht nachgekommen, so sind die E-Scooter aus dem öffentlichen Verkehrsraum zu entfernen.

Langfristig:

1. Stadtweit braucht es ein zuverlässiges Hauptwegenetz für den Radverkehr. Dieses wollen wir priorisiert und durchgehend ausbauen, um bequeme Verbindungen zwischen den Stadtteilen herzustellen. Dazu werden auch öffentliche Wartungs- und Reparaturstationen aufgebaut.
2. Wir brauchen gute Querungsmöglichkeiten über den Rhein. An den bestehenden Brücken müssen einfacher zu passierende Rampen und breitere Radwege angelegt werden. Zusätzlich wollen wir neue Rad- und Fußwegbrücken zwischen Bastei und Rheinpark sowie Ubierring und Deutzer Hafen errichten lassen.

BUS & BAHN

Sofort:

1. Neben den in Umsetzung befindlichen Stadtbahnausbauten (Nord-Süd-Stadtbahn, Stadtbahn Süd etc.) existieren in Stadtgesellschaft, Politik und Verwaltung unzählige weitere Ideen für neue oder längere Stadtbahnlinien. Wir werden kurzfristig nicht alles gleichzeitig schaffen. Personal- und Finanzressourcen müssen planvoll mit Prioritäten eingesetzt werden. Das jährliche Aufschieben von dringend notwendigen Sanierungsmaßnahmen werden wir so beenden. Unsere Prioritäten im Ausbau sind:
 - a. alle Haltestellen barrierefrei ausbauen. Es ist ein Armutszeugnis, dass noch immer nicht alle Menschen, ob alt oder jung, mit Gepäck, mit Kinderwagen, Rollator oder Rollstuhl Bus und Bahn nutzen können.
 - b. die Erhöhung der Kapazität auf bereits heute überlasteten Verbindungen.
 - c. die Anbindung von Stadtteilen ohne Anbindung an S-Bahn oder Stadtbahn und allgemein der zentrumsfernen Veedel z.B. durch Linienverlängerungen, den Ausbau von Schnellbuslinien und bessere Vernetzung nachhaltig verbessern.
 - d. die Anbindung von neu entstehenden Stadtteilen gleich von Beginn an, damit die neuen Bewohner:innen ihren Alltag von Anfang an mit Bus und Bahn bestreiten können.
 - e. der Ausbau von tangentialen Verbindungen
2. Durch eine verlässliche Finanzierung sichern wir die Planungssicherheit der KVB, damit sie den vielfältigen Herausforderungen gerecht werden und die sich wandelnden Erwartungen der Stadtgesellschaft erfüllen kann. Gemeinsam mit der Belegschaft und der Unternehmensleitung setzen wir uns dafür ein, mehr Fachkräfte für den Fahrbetrieb auszubilden und langfristig zu gewinnen. Gleichzeitig beschleunigen wir den dringend notwendigen Austausch des überalterten Wagenparks und setzen dabei auf standardisierte Fahrzeuge statt auf kostspielige Sonderanfertigungen. Zudem schaffen wir zusätzliche Kapazitäten über die bestehenden Planstellen hinaus, um Engpässe zu vermeiden und die Betriebsstabilität nachhaltig zu verbessern

In den nächsten 5 Jahren:

1. Unsere Vision ist ein solidarischer, von allen Kölner*innen finanzierter ÖPNV nach Vorbild des Studierendentickets. Dieser ist preiswert, setzt Anreize für einen Wechsel des Verkehrsmittels und entlastet die Straßen.
2. Um das Pendeln in die Stadt mit dem ÖPNV attraktiver zu machen, wollen wir ein regionales Schnellbussystem einführen. Vorbilder hierfür sind Hamburg und München.

3. Die Ticketstrukturen werden wir im VRS vereinfachen und so für gelegentliche Nutzung attraktiver gestalten. Bestehende, einfache Ticketstrukturen wie den Eezy-Tarif werden wir verstärkt bewerben.
4. Das Deutschland-Ticket muss um weitere Angebote erweitert werden, um für noch mehr Gruppen attraktiv zu sein. Gerade die Nutzung des Solidarmodells für Unternehmen müssen gestärkt werden.
5. Wenn wieder Platz ist, wollen wir eine kostenlose Fahrradmitnahme in den Bussen und Bahnen der KVB ermöglichen.
6. Wir wollen den Nachtverkehr unter der Woche verlängern und den nächtlichen Takt am Wochenende verdichten.
7. In den Abendstunden sollen alle Linien bis zu den Endhaltestellen durchfahren – bis zum Betriebsschluss. Zudem stellen wir durch „Halten auf Zuruf“ und die Mobilitätsgarantie kurze und sichere Heimwege sicher.
8. Menschen sollen sich an hellen und sauberen Haltestellen sicher und wohl fühlen. Wir lassen auch niemanden im Regen stehen: alle Bushaltestellen werden mit Überdachungen ausgestattet.
9. Köln braucht eine Mobilitäts-App, die alle Mobilitätsangebote zusammenführt und für User*innen leicht nutzbar und abrufbar macht. Dazu werden wir die bestehende KVB-App weiterentwickeln lassen.
10. Stellt sich der Erfolg beim Pilotprojekt des Wasserbusses ein, werden wir für eine schnelle Ausweitung arbeiten, um mehr Verbindungen über den Rhein herzustellen.

Langfristig:

1. alle Menschen wohnortnah an den Schienennahverkehr anbinden. Dazu bringen wir unseren Plan für den Netzausbau in die nachhaltige Mobilitätsplanung ein.
2. Durch einen Ausbau der S-Bahn, insbesondere der Westspange und komplett neue Linien nach Euskirchen, Bonn, Solingen, Grevenbroich und Bedburg (Zielnetz 2040), werden wir große Teile des regionalen Pendelverkehrs auf die Schiene verlagern.
3. Die KVB soll alle städtischen Mobilitätsangebote bündeln, der Fahrausweis wird zum Mobilitätsschlüssel. Ob einzuführende „On Demand“-Verkehre, Mobilitätshäuser oder digitale Kompetenzen: Die KVB stärkt ihre Innovationskraft durch Investitionen und Verantwortungsübernahme im Stadtwerke-Konzern. Die Quartiere der GAG werden dementsprechend gemeinsam mit der KVB modellhaft weiterentwickelt.
4. Durch die Schaffung von Mobilitätsstationen in jedem Veedel wollen wir die Verkehrsträger besser verknüpfen und den Zugang zu Carsharing, KVB-Leihrädern und barrierefreien Angeboten erleichtern.

5. Wir wollen mehr digitale Zugsicherung einführen, für mehr Kapazitäten und bessere Kund:inneninformationen.

MOTORISIERTER INDIVIDUALVERKEHR

Sofort:

1. Ladezonen für Lieferverkehr wollen wir durch flächige Markierung am Boden von unberechtigtem Parken freihalten.
2. Wir bringen stationsbasiertes Carsharing durch die Bereitstellung eigener Parkflächen kurzfristig in jeden Stadtteil Kölns.
3. In Gebieten mit genügend Parkraum befürworten wir die Erhöhung der Bewohnerparkausweisgebühren. Dafür bedarf es der Feststellung, wie viele öffentliche und private Stellplätze zur Verfügung stehen. In Gebieten mit mehr als 25% weniger Parkraum als ausgestellte Parkausweise setzen wir uns dafür ein, Veedelsgaragen zu errichten und so Platz im öffentlichen Raum zu gewinnen. Zusätzlich müssen die Bewohnerparkgebühren sozial verträglich sein. Deshalb setzen wir uns für entsprechende gesetzeskonforme Regelungen ein.

In den nächsten 5 Jahren:

1. Wir wollen Parksuchverkehr in den Veedeln und das Zuparken von Gehwegen verringern, indem Kund*innenparkplätze nachts für Nachbarschaften geöffnet werden. Die Stadt soll dabei motivierend und koordinierend tätig sein.
2. Auch bei einem sinkenden Anteil am Verkehr bleibt das Auto auf absehbare Zeit ein wichtiger Verkehrsträger. Deshalb werden wir die E-Mobilität weiter vorantreiben und ausbauen. Unser Ziel bis 2025: die Einrichtung von 3.000 Ladepunkten auf Kölner Gebiet. Dazu kommen 400 öffentlich zugängliche Ladepunkte mit der RheinEnergie als Partnerin.
3. Verkehr aus dem Kölner Umland wollen wir durch großzügige Park-and-Ride-Stationen an den zentralen Ausfallstraßen auffangen. Durch attraktive Angebote wird dort der Umstieg auf andere Mobilitätsformen intensiviert.
4. Beim Neubau von Wohnungen und Büros sollen alternative Mobilitätskonzepte verpflichtend werden, die die Autonutzung auf ein Mindestmaß reduzieren. Im Gegenzug ermöglichen wir einen weitgehenden Verzicht auf den Bau von Autostellplätzen. Die dadurch eingesparten Kosten zahlen Investoren anteilig in einen Mobilitätsfonds ein. Mit dem starken Mobilitätsfonds sollen alternative Mobilitätsformen umgesetzt werden.
5. Als Höchstgeschwindigkeit auf den Hauptverkehrsstraßen soll maximal Tempo 50 festgelegt werden, Tempo-30-Zonen wollen wir sukzessive ausweiten.
6. Durch einen attraktiven Nahverkehr und neue Mobilitätsformen wird eine Innenstadt mit weniger Autoverkehr ermöglicht. Mit den freiwerdenden

Parkhauskapazitäten soll das Parkangebot für Anlieger attraktiver gestaltet werden. Wir wollen sogenannte Mobilitätshäuser einrichten, mit Parkraum für Privatfahrzeuge, einer Ladeinfrastruktur für Elektromobilität, Carsharing-Angeboten und einer sicheren Unterbringung für Fahrräder, E-Bikes, Lastenräder und Sharebikes.

Langfristig:

1. Wir wollen den Verkehrsfluss stadtweit für alle Verkehrsteilnehmer*innen verbessern. Mittel dazu ist der massive Abbau von Ampeln. Diese werden durch Kreisverkehre, Zebrastreifen und Querungshilfen ersetzt, sodass insgesamt das Vorankommen für alle Verkehrsteilnehmer*innen sicherer und bequemer wird. Dabei wird der Fußgängerschutz besonders berücksichtigt.

WIRTSCHAFTSVERKEHR

In den nächsten 5 Jahren:

1. Für den Umschlag von Containern benötigt Köln Terminalanlagen in der Nähe der Aufkommensquellen. Wir setzen uns dafür ein, das Hafenterminalkonzept voranzubringen und besser mit dem Schienengüterverkehr zu verzahnen.
2. Unvermeidliche LKW-Fahrten sollen so kurz wie möglich bleiben. Sie sollen auf dafür vorgesehenen Hauptwegen verlaufen und die Innenstadt vermeiden. Insbesondere für die Versorgungs- und Lieferverkehre in der City sowie in den urbanen innenstadtnahen Stadtteilen werden wir mit der HGK ein Konzept für die letzte Meile aller Logistikunternehmen in Köln erarbeiten und umsetzen. Dazu wollen wir Veedelszentren attraktiver gestalten: durch die Möglichkeit, autofreie Straßen zu bestimmen und Mobilitätszentren zu bauen.
3. Unsere Region braucht den Frachtflugverkehr, für dessen Sicherung wir uns einsetzen. Zugleich unterstützen wir die Anwohner*innen in ihrem Engagement für passiven und aktiven Lärmschutz. Die KölnSPD steht zur Stärkung des Flughafens. Gleichzeitig wird die KölnSPD auch die Arbeitsbedingungen in diesen Unternehmen im Auge behalten. Auch in den Betrieben, die vielen Menschen mit geringer beruflicher Qualifikation einen Arbeitsplatz bieten, müssen akzeptable Arbeitsbedingungen herrschen und die Beschäftigten von ihrer Arbeit leben können.

ARBEIT & WIRTSCHAFT

Die KölnSPD fördert eine prosperierende, vielfältige und resiliente Wirtschaft die zentrale Grundlage für das politische Handeln in unserer Stadt ist. Eine starke Wirtschaft ermöglicht uns die Gestaltung eines sozialen und kulturellen Kölns. Eine lebenswerte Stadt ist wiederum Voraussetzung dafür, dass Köln als attraktiver Standort für Unternehmen wahrgenommen wird, den ArbeitnehmerInnen gerne als ihren Arbeitsort und Lebensmittelpunkt wählen und an dem sie sich willkommen fühlen.

Die Wirtschaft in unserer Stadt lebt ganz entscheidend von ihrer Vielfalt. Industrie, Handwerk, Handel, Dienstleistungen, Medien, Start-ups - der Branchenmix macht unsere Wirtschaft widerstandsfähiger in Krisenzeiten und ist entscheidend für die anhaltend hohe Beschäftigungsquote in Köln.

In den letzten Jahrzehnten hat ein tiefgreifender Strukturwandel von der Industrie - zu den Dienstleistungen und innerhalb der Dienstleistungen - stattgefunden. Die Industrie ist bis auf wenige Unternehmen geschrumpft und diese stehen (wie z.B. Ford) vor einem hohen Personalabbau, wenn nicht der Produktionsstandort insgesamt in Frage steht. Auch die chemisch-pharmazeutische Industrie in der Region steht unter Druck. Das hat Auswirkungen auf die industrienahen Dienstleistungen, auf die Flächenbedarfe und auf die Nachfrage nach Arbeitskräften. Der Umbau hin zu einer klimafreundlichen Wirtschaft bietet vielfältige Chancen. Er ist aber auch herausfordernd und bedarf städtischer Unterstützung. Die Stärkung der Industrie in Köln und in der Region und der Erhalt von Industriearbeitsplätzen ist deshalb für uns eine zentrale wirtschaftspolitische Aufgabe.

Auch die Dienstleistungspolitik muss sich neuen Herausforderungen stellen. Der Einzelhandel kämpft vielfach um seine Existenz angesichts der Konkurrenz durch den Onlinehandel. Köln hat viele mittlere Einzelhandelsgeschäfte verloren. Vor allem im Rechtsrheinischen Köln sieht es immer düsterer aus. Fast völlig verschwunden sind die kleinen Geschäfte der Nahversorgung und andere Dienstleistungen.

Die Herausforderungen für die Unternehmen in Köln sind also gewaltig. Zusätzlich bedürfen Straßen, Schiene und Brücken dringend der Sanierung und des Ausbaus. Hier kommt Köln viel zu langsam voran. Gewerbe- und Industrieflächen fehlen bzw. sind nicht in ausreichendem Maße ausgewiesen, so dass sich neue Unternehmen mit neuen Arbeitsplätzen nicht ansiedeln können und bereits ansässige Unternehmen sich nicht erweitern bzw. ihren Bestand sichern können. Verwaltungsverfahren, insbesondere Baugenehmigungen, dauern vielfach viel zu lange und sind dadurch ein gravierendes

Investitionshemmnis. Der Fach- und Arbeitskräftemangel ist für viele Unternehmen auch in unserer Stadt ein existenzielles Problem.

Gerade in Zeiten knapper öffentlicher Haushalte bedarf es der klaren Prioritätensetzung. Dabei ist es unabdingbar, gute Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Wirtschaft zu schaffen und zu sichern.

UNSERE ZIELE:

Wir wollen Köln als Industrie-, Handwerks- und Dienstleistungsstandort stärken und den wichtigen Branchenmix bewahren.

Wir wollen dem Fach- und Arbeitskräftemangel entgegenwirken.

Wir wollen Straßen, Brücken und weitere essenzielle Infrastruktur in unserer Stadt zügig sanieren und ausbauen.

Wir wollen bestehende Gewerbe- und Industrieflächen sichern, neue schaffen und bestehende Flächen optimal ausnutzen.

Wir wollen, dass Verwaltungsentscheidungen zügiger getroffen werden und die Verwaltung sich als Ermöglicher („Enabler“) einer erfolgreichen Transformation der Wirtschaft versteht.

MASSNAHMEN UND FORDERUNGEN:

- In der Verwaltung wird ein modernes strategisches Flächenmanagement eingerichtet. So kann sinnvoller Flächentausch, die optimale Nutzung vorhandener Flächen und die Erschließung neuer, wirtschaftlich nutzbarer Flächen organisiert werden.
- Insbesondere zur Realisierung von Unternehmensansiedlungen mit hohem Flächenbedarf werden wir die regionale Zusammenarbeit mit unseren Nachbarkommunen intensivieren.
- Wir treiben die Sanierung von Brücken, Straßen und weiterer Infrastruktur voran. Dabei stellen wir durch entsprechende Koordinierung der Maßnahmen sicher, dass der Liefer- und Pendlerverkehr so gering wie möglich beeinträchtigt wird.
- Erfolgreiche Unternehmen brauchen eine langfristig stabile und günstige Energieversorgung. Dies kann am besten durch einen schnellen Ausbau der Erneuerbaren Energien und eine rasche Unabhängigkeit von fossilen Energieimporten erreicht werden. Die Stadt Köln soll daher den Ausbau von Photovoltaik auf Gebäuden und Freiflächen beschleunigen, den Bau von Windkraftanlagen im Kölner Norden fördern und weitere Möglichkeiten zur Erzeugung und Speicherung von Strom und Wärme aus erneuerbaren Quellen voranbringen. Dabei geht sie auf den Liegenschaften der Stadt Köln und bei den stadteigenen Betrieben mit gutem Beispiel voran.

- Der Flughafen Köln/Bonn ist für die Wirtschaftskraft Kölns und der Region von enormer Bedeutung. Wir setzen uns für seine stetige Weiterentwicklung, inklusive der bestehenden Nachtflugerlaubnis, und damit für die Sicherung der zahlreichen Arbeitsplätze mit Nachdruck ein. Besonderen Wert legen wir darauf, dass die Bemühungen zur steten Verbesserung des Lärmschutzes unverändert fortgeführt werden.
- Den Gütertransport auf dem Wasser wollen wir durch stete Modernisierung und - wo möglich - durch Erweiterung von Hafentflächen attraktiver machen.
- Der Ausbau des ÖPNV wird als zentraler Teil der Verkehrswende weiterentwickelt, um KundInnen und Mitarbeitende schnell und zuverlässig zu befördern und um eine Verringerung des Individualverkehrs zu erreichen.
- Der Einzelhandel wird gestärkt durch eine grundlegende Überarbeitung des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts sowie durch gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität in den Veedeln.
- Die Realisierung eines modernen Frischezentrums zur Versorgung der Wochenmärkte, des Obst- und Gemüse-einzelhandels und der Gastronomie werden wir vorantreiben.
- Das Messe-Geschäft und der Tourismus sind Umsatz- und Imagebringer von außerordentlicher Bedeutung für unsere Stadt. Die KölnMesse, KölnKongress und KölnTourismus werden wir deshalb bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützen.
- Wir bündeln die Anlaufstellen für Unternehmen in der Verwaltung. Die Schaffung einer „One Stop Agency“ wird dabei angestrebt.
- Die Struktur der KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH werden wir einer eingehenden Überprüfung unterziehen. Eine Wiedereingliederung der Wirtschaftsförderung in die Kernverwaltung betrachten wir als optional.
- Die Gewinnung von Fach- und Arbeitskräften aus dem In- und Ausland werden wir intensivieren. Dies setzt voraus, dass sich zugezogene ArbeitnehmerInnen in unserer Stadt zügig zurechtfinden und willkommen fühlen. Ein „Welcome Desk“, der sich an in- wie ausländische Zugezogene wendet, soll hierbei unterstützen. Studierende aus dem Ausland, die hier ausgebildet werden, werden wir frühzeitig für unseren Arbeitsmarkt werben. Dazu gehört auch die Umsetzung des Gender Budgeting, um Köln für alle Geschlechter attraktiver zu machen.
- Die KölnSPD steht auch weiterhin an der Seite der ArbeitnehmerInnen in Köln. Wir setzen uns für gute Arbeitsbedingungen und gerechte Löhne und einen fairen Umgang mit den ArbeitnehmerInnen ein. Den „Gender Pay Gap“ wollen wir schließen. Wir setzen uns für die Tarifbindung in allen Branchen und Unternehmen ein und achten auf strikte Einhaltung der Tariftreue bei allen kommunalen Vergaben.

- Der Bau von Azubi-Wohnheimen wird - möglichst in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft - realisiert.
- Die Förderung von Start-ups werden wir optimieren. Besonderen Wert legen wir dabei auf die Vernetzung mit etablierten Unternehmen. Insbesondere Start-Ups mit nachhaltigen Konzepten und Lösungsansätzen gilt es zu unterstützen. Dabei soll Wert auf die paritätische Förderung von Gründerinnen und Gründern gelegt werden.

KOMMUNALE UNTERNEHMEN & STADTWERKE

Unsere kommunalen Unternehmen – Perlen der Daseinsvorsorge

Köln ist mit einer Vielzahl kommunaler Unternehmen in den unterschiedlichsten Feldern der kommunalen Daseinsvorsorge hervorragend aufgestellt. Viele dieser Unternehmen und Beteiligungen sind Ergebnis sozialdemokratischer Politik der vergangenen Jahrzehnte und dokumentieren den klaren Willen, mit unternehmerischer Kompetenz zu den bestmöglichen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger zu gelangen. Gleichzeitig wollen wir im Sinne eines ganzheitlichen Ansatzes, ertragskräftige Branchen mit notwendigerweise zuschussbedürftigen Aufgaben im wechselseitigen Ausgleich miteinander verbinden.

Deshalb werden wir die kommunalen Unternehmen stärken und weiterentwickeln. Sie sind ein Garant für kostengünstige und qualitativ hochwertige Daseinsvorsorge, zugleich soziales Rückgrat und kulturelle Lebensader der Stadt – dem Gemeinwohl verpflichtet und demokratisch kontrolliert. Für uns sind und bleiben die städtischen Unternehmen ein unverzichtbarer Teil des Gemeinwesens.

Dabei werden wir das kommunale Vermögen langfristig sichern. Dafür werden wir weiter intensiv daran arbeiten, den Instandsetzungsrückstand aufzuholen und die notwendigen Zukunftsinvestitionen insbesondere in die Unternehmen der Stadtwerke sicher zu stellen. Die Ausschüttungen der kommunalen Unternehmen leisten einen Beitrag zur städtischen Handlungsfreiheit. Dennoch müssen auch die jeweiligen Kernaufgaben der Daseinsvorsorge sowie die notwendigen Investitionen, insbesondere in die Energie- und Verkehrswende, gestemmt werden. Dafür ist eine angemessene Kapitalausstattung unserer öffentlichen Unternehmen die wichtigste Grundlage. Zudem sollen sich jene Unternehmen, die in Branchen mit funktionierenden Märkten, z.B. Energieversorgung mit der RheinEnergie AG, Telekommunikationsdienstleistungen mit der NetCologne GmbH, Transport & Logistik mit der Häfen und Güterverkehr Köln AG (HGK), operieren, ihre Betriebskosten im Rahmen funktionierender Geschäftsmodelle decken. Im Falle von Unternehmen, die der reinen Daseinsvorsorge dienen und flächendeckend nicht wirtschaftlich betrieben werden können, wie z.B. die KVB AG mit ihren ÖPNV-Angeboten oder die KölnBäder GmbH mit ihrem umfangreichen Angebot an Schwimmflächen, müssen die Betriebskosten weiterhin im Rahmen des steuerlichen Querverbundes gedeckt werden. Sollte dies aufgrund veränderter wirtschaftlicher und finanzieller Rahmenbedingungen nicht mehr möglich sein, wird sich die KölnSPD dafür einsetzen, dass im Einzelfall auf Betriebskostenzuschussmodelle umgestellt wird, damit die von der Stadt Köln beauftragte Leistungen auch auskömmlich finanziert werden. Denn die finanzielle Handlungsfähigkeit des Stadtwerkekonzerns verbunden mit guten Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten muss zu jeder Zeit gewährleistet sein.

Die KölnSPD steht vollumfänglich zur kommunalen Daseinsvorsorge und somit zu den städtischen Beteiligungsunternehmen mit ihren über 20.000 Beschäftigten! Deshalb werden wir keine Veräußerungen von Unternehmen der ersten und zweiten Beteiligungsebene mittragen. Vielmehr werden wir die Zukunftsherausforderungen der unterschiedlichen Unternehmen im Kontext ihrer Branchen im Rahmen unserer Mitwirkung als Anteilseignervertreter in den Organen der Gesellschaften aktiv mitgestalten. Dabei setzen wir insbesondere auf das kooperative Miteinander mit den Beschäftigten auf Basis der betrieblichen Mitbestimmung. Diese ist für uns als Teil der historischen Arbeiterbewegung konstitutiver Teil eines jeden städtischen Unternehmens und darf unter keinen Umständen in Frage gestellt werden.

Darüber hinaus werden wir uns aber auch bei Bund und Land weiterhin dafür einsetzen, die Rahmenbedingungen für die kommunale Wirtschaft derart auszugestalten, dass diese ihren gemeinwohlorientierten Aufgaben nachkommen kann. Dazu gehört sowohl die auskömmliche Finanzierung jener Maßnahmen und Angebote, die auf den jeweiligen Ebenen beschlossen wurden – Stichwort Deutschlandticket – als auch die finanzielle Förderung von Ersatz- bzw. Erhaltungsinvestitionen.

Wir werden weiterhin intensiv daran arbeiten, die kommunalen Unternehmen in ihren Themenfeldern als Entwicklungstreiber zu positionieren. Sie sollen bei der Energie- und Mobilitätswende, der Ver- und Entsorgung, der Wohnungsversorgung und der digitalen Infrastruktur weiterhin zu den zentralen Akteuren gehören. Dabei werden wir darauf achten, dass Umweltschutz und Nachhaltigkeit im Handeln der kommunalen Unternehmen fest verankert bleiben und zu einer weiteren Triebfeder der Innovation werden.

Zudem sind die Unternehmen im Stadtwerke-Konzern ein wichtiger Arbeitgeber für die Stadt mit einer hohen Vorbildfunktion. Auch hier wollen wir die Rahmenbedingungen für gutes Arbeiten weiter entwickeln, Parität in den Führungsfunktionen anstreben und interkulturelle Orientierung stärken.

VERWALTUNG

Wir machen die Stadtverwaltung wieder leistungs- und funktionsfähig

Die Stadtverwaltung bildet das funktionale Rückgrat der Kommune. Ohne funktionierende Verwaltung kann die Stadt ihren Aufgaben nicht gerecht werden, können die Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger nicht erfüllt und können politische Beschlüsse nicht umgesetzt werden. Deshalb braucht unsere Stadt eine funktionsfähige wie auch leistungsfähige Verwaltung!

Voraussetzung dafür ist eine an Zielen ausgerichtete Organisation der Verwaltung, die Schnittstellen, wo immer möglich, reduziert, sich horizontal vernetzt und Entscheidungswege kurz macht. Deshalb werden wir die Dezernatsstrukturen auf den Prüfstand stellen, die Anzahl der Dezernate im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten reduzieren und die Zuständigkeiten sinnvoll verteilen. Ein Thema wie „Wohnen“ darf zukünftig nicht mehr in vier verschiedenen Dezernaten verantwortet werden, sondern muss gebündelt und von zentraler Stelle geführt werden.

Wir wollen, dass die vielen fähigen und hochmotivierten Mitarbeitenden der Stadtverwaltung gestärkt werden, in dem sie zeitgemäß geführt, in ihrer Aufgabenerfüllung unterstützt und zielorientiert eingesetzt werden.

Um dem Fachkräftemangel und der hohen Zahl an offenen Stellen zu begegnen, werden wir die Stadtverwaltung zu einer attraktiven Arbeitgeberin machen, indem wir Zeitmodelle weiterentwickeln, Hierarchien abbauen, Vielfalt als Chance begreifen, Vereinbarkeit zwischen persönlichem Leben und Beruf ermöglichen sowie für tarifgebundene und unbefristete Arbeitsplätze einstehen. Außerdem werden wir überdurchschnittlich viel in die Ausbildung investieren und eine Übernahme nach erfolgreicher Ausbildung sicherstellen.

Die Traineeprogramme der Stadt Köln sollen mehr Menschen, insbesondere hochqualifizierten Arbeitnehmer*innen, den Quereinstieg bei der Stadt Köln ermöglichen. Zudem werden wir bei der Stadtverwaltung besondere Förderprogramme für Eltern auflegen, damit ihnen der Quer- oder Wiedereinstieg leichter gelingt.

Wir engagieren uns konsequent für die Gleichstellung von Mann und Frau. Wir gehen dabei über die gesetzlichen Vorgaben zu weiblichen Führungskräften hinaus und streben eine paritätische Besetzung der Führungspositionen an. Über den Fortschritt in dieser Personalentwicklung und auch bei der gleichen Bezahlung der Geschlechter in vergleichbaren Positionen soll jährlich berichtet werden.

Damit Verwaltungsprozesse schneller werden, soll neben der bereits erwähnten horizontalen Vernetzung die Komplexität von Vorgängen abgebaut werden, was die Senkung bzw. Herausnahme von Standards voraussetzt. Infolgedessen könnten auch mehr Entscheidungen auf nachgeordnete Ebenen delegiert werden. Die dafür erforderlichen Voraussetzungen werden wir unmittelbar nach der Kommunalwahl angehen.

Auch die städtische Vergabe von Aufträgen und die Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen muss an dem Ziel schneller und effizienter Prozesse ausgerichtet werden. Dabei muss allerdings noch häufiger die Auswahl des besten – nicht des billigsten – Angebotes im Mittelpunkt stehen, um längerfristige Stillstandphasen in der Umsetzung von Projekten zu vermeiden. Dabei ist es für uns selbstverständlich, Aspekte der Tarifbindung und Nachhaltigkeit zu beachten.

Wir werden die Verwaltung agiler gestalten. Planungs- und Genehmigungsverfahren werden beschleunigt, insbesondere durch konsequentes Ausschöpfen digitaler Möglichkeiten wie KI und Anpassung personeller Kapazitäten. Dazu entwickeln wir eine mutige und ambitionierte KI-Roadmap für Köln, mit dem Ziel, Verwaltungsprozesse durch KI nachhaltig zu beschleunigen und zugleich Bürgerfreundlichkeit, Effizienzerhöhung und Entlastung der Beschäftigten zu erreichen. Die Einführung der KI erfolgt unter besonderer Beachtung von Datenschutz und ethischen Standards. Gleichzeitig betonen wir die Sicherheit der Arbeitsplätze der Beschäftigten: Wir wollen, dass KI die Mitarbeitenden der Verwaltung unterstützt, nicht ersetzt.“

Die Stadt Köln und ihre Beteiligungsunternehmen verfügen zusammen über große Datenmengen. Die Auswertung dieser Daten darf nicht den rein kommerziell arbeitenden Unternehmen überlassen werden. Eine Kontrolle muss durch die öffentliche Hand gewährleistet werden, im Sinne des Gemeinwohls. Digitalisierung im Rahmen der Daseinsvorsorge ist selbst Teil der Daseinsvorsorge und muss deshalb in der Verantwortung der Kommune verbleiben. Die Rahmenbedingungen, der Aufbau, der Betrieb und auch die Nutzung von entsprechender Infrastruktur müssen in öffentlicher Hand bleiben. Nur so ist ein politisch verantwortungsvoller Umgang mit Daten und Informationen möglich.

Wir werden Köln zur Digitalen Hauptstadt weiterentwickeln: Alle Verwaltungsabläufe sollen digitalisiert, alle Services über das Internet verfügbar sein. Wir setzen uns für einen digitalen Masterplan und einen „digitalen Kopf“ in der Verwaltungsspitze ein, der mit Kompetenzen ausgestattet ist, um alle Projekte und Initiativen zu koordinieren und zusammenzuführen.

DIGITALISIERUNG

Die KölnSPD setzt sich für einen „Masterplan für die digitale Zukunft Kölns“ ein, der sich der Transformation zu einer digitalisierten Gesellschaft stellt und unsere Stadt und die Menschen, die hier leben und arbeiten, in eine sichere Zukunft führt.

Digitalisierung schafft sichere Arbeitsplätze. Der Strukturwandel in Industrie und Dienstleistung muss durch Schaffung innovativer Arbeitsplätze und die Förderung neuer Initiativen zielstrebig verfolgt werden. Dafür können wir auf ein enormes Know-how der digitalen Szene, der Unternehmen und der Hochschulen setzen, dieses nutzen und fördern und aus der Vernetzung neue Geschäftsmodelle entwickeln.

Digitale Bildung muss in Köln schulischer Alltag werden. Dabei geht es nicht nur um Ausstattung der Schulen und Schüler*innen, sondern auch um die Qualifizierung der Lehrer*innen und um den Aufbau eines zentralen Schul-IT-Betriebes, der eine funktionierende technische Infrastruktur für das digitale Lernen für alle ermöglicht.

Digitalisierung und Energieeffizienz zusammen denken. Vor allem im Bereich Mobilität muss die Entwicklung und Umsetzung neuer und besserer Konzepte das Ziel haben, soziale, ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit zusammenzuführen. Wir brauchen z.B. eine MobilitätsApp, um die Verkehre der Bürger*innen zu vernetzen und wir können mit einer smarten Verkehrssteuerung und einem digital gestützten ÖPNV maßgeblich zur Staureduzierung und Verbesserung der Luftqualität sorgen.

DIGITALISIERUNGSSTRATEGIE DER KOMMUNE:

Wir haben eine Vision für die digitale Entwicklung Kölns und möchten zukunftsweisende Entscheidungen in der Verwaltung treffen. Unser Ziel ist es, einen seit fünf Jahren geforderten Masterplan für die digitale Zukunft Kölns, insbesondere für die Verwaltung, abzuschließen. Dieser Masterplan soll eine systematische und effektive Vorgehensweise ermöglichen. Beispiele aus Städten wie Hamburg, London und Wien zeigen, dass ein solcher Fahrplan transparente Handlungsgrundlagen schafft. Wir wollen keine planlose Politik, sondern eine abgestimmte Zukunftsstrategie mit klarer Ausrichtung. Dabei werden wir die politischen Rahmenbedingungen wie die Registermodernisierung, BundID und EUID frühzeitig beachten und sinnvoll integrieren.

Wir wollen Freiraum für neue Ideen und Innovationen schaffen, insbesondere durch die Förderung der Wirtschaft und von Startups. Künstliche Intelligenz soll dort eingesetzt werden, wo sie sinnvoll ist, wobei der Schutz der Daten der Bürger*innen höchste Priorität hat.

Zudem möchten wir die Attraktivität der Stadt Köln als Arbeitgeber steigern. Dazu gehört der Ausbau von flexiblem und mobilem Arbeiten sowie die hochwertige Ausstattung der Arbeitsplätze für die Mitarbeitenden.

KÖLN-APP:

Wir wollen langfristig über das virtuelle Bürgerbüro hinaus eine App für das digitale Köln entwickeln, frei nach dem Motto: eine App für alles. Mit ihr können die Menschen in Köln viele digitale Angebote nutzen. Alle Leistungen, die nach dem Onlinezugangsgesetz 2.0 digitalisiert werden sollen, sind dann über die App verfügbar. Zusätzlich sollen auch Dienstleistungen der städtischen Betriebe wie Bibliotheken, NetCologne, Stadtwerke und AWB hierüber nutzbar und bestellbar sein. Ein Konto reicht aus, um all diese Angebote zu nutzen. Dieses Konto funktioniert auch mit der BundID, einem bundesweiten digitalen Zugang.

Wir möchten, dass die Bürger*innen Kölns ihre Stadt mitgestalten können. Daher wird es regelmäßige Formate geben, bei denen die Menschen ihre Bedürfnisse und Wünsche äußern können. Auch Menschen, die keine digitalen Angebote nutzen wollen oder können, werden berücksichtigt. In einer Millionenstadt müssen alle städtischen Angebote zentral über eine App erreichbar sein. Dafür legen wir jetzt die technischen und inhaltlichen Grundlagen, auch wenn das Geld im Moment knapp ist.

Die App wird den Menschen in Köln helfen, einfacher und schneller mit der Stadtverwaltung und anderen städtischen Betrieben in Kontakt zu treten.

DEMOKRATISIERUNG VON DATEN:

Der Masterplan für Köln enthält eine langfristige Strategie für Open-Source-Software, die von der Stadt genutzt wird.

Wir fördern Open Data. Dazu gehört die Einführung eines zentralen Open-Data-Portals. Auf dieser Plattform werden alle nicht-sensiblen Daten der Stadt zugänglich gemacht. Wir unterstützen Bürgerprojekte, die Open Data nutzen. Dazu veranstalten wir Hackathons, bei denen die Daten verwendet werden können, wie zum Beispiel "Jugend Hackt".

Es wird eine transparente Rückkopplungsschleife geben, damit Bürger*innen ihre Bedürfnisse bezüglich der Daten melden können.

Wir fördern Wissenschaft und Wirtschaft durch die Bereitstellung von OpenData.

Es werden klare Richtlinien für Lizenzen festgelegt, die die freie Nutzung und Weiterverarbeitung der Daten ermöglichen, zum Beispiel durch die Nutzung von CC-BY-Lizenzen. Wir führen ein Monitoring ein, um die Nutzung und den Mehrwert von Open Data auf der zentralen Plattform zu überwachen.

Unser Ziel ist es, eine Strategie für digitale Souveränität zu entwickeln. Dabei achten wir darauf, dass die notwendigen Verbindungen, zum Beispiel zur Bund ID, für eine effiziente Digitalisierung der Verwaltung erhalten bleiben.

DIGITALISIERUNGSAUSSCHUSS DER STADT KÖLN:

Eine Millionenstadt braucht einen Digitalisierungsausschuss, um die Digitalisierung der Stadt politisch zu steuern und strategisch zu lenken. Der Digitalisierungsausschuss kann aber nur sinnvoll arbeiten, wenn er eigene Entscheidungsbefugnisse hat. Das bedeutet, dass er wirklich Entscheidungen treffen darf und nicht nur Vorschläge macht. Außerdem braucht der Ausschuss ein eigenes Budget. Das ist wichtig, damit er die Projekte und Maßnahmen auch umsetzen kann.

Ohne diese Änderungen bündelt ein solches Gremium nur viel Geld und Zeit. Das ist nicht gut für die Stadt. Denn kommunale Mandatsträger*innen arbeiten ehrenamtlich im Ausschuss und investieren nebenberuflich viel Zeit. Auch die hauptamtlich Beschäftigten der Stadt Köln sind betroffen, weil sie die Sitzungen vorbereiten und daran teilnehmen müssen.

DIGITALISIERUNGSBEAUFTRAGTE*R (CDO):

Digitalisierung von Wirtschaft, Gesellschaft und Verwaltung soll Chefsache werden. Dafür möchten wir eine*n Digitalbeauftragte*n (CDO) direkt beim Oberbürgermeister installieren. Diese*r soll eigenes Personal und Budget bekommen. Zu den Aufgaben gehören:

1. Leitung eines Lenkungsgremiums der städtischen Gesellschaften im Bereich Digitalisierung.
2. Übernahme der strategischen Führung und des Controllings von Digitalisierungsmaßnahmen.
3. Zusammenführung von Initiativen und Projekten innerhalb der Stadtverwaltung.
4. Vertretung digitaler Projekte nach außen.

Ein Digitalrat aus Expert*innen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft wird als Beratungsgremium den CDO unterstützen. Erfolgreiche Städte zeigen: Ein digitaler Masterplan braucht zentrale Steuerung.

ZUSAMMENLEBEN

Sicherheit, Sauberkeit und Freiheit für die Veedel und ihre Plätze in Köln

Die Anforderungen an Sicherheit und Sauberkeit in einer wachsenden Stadt wie Köln sind vielfältig und komplex. Unser Ziel ist es, die Sicherheit und Lebensqualität in allen Veedeln zu verbessern, ohne dabei die Freiheit und die Rechte der Bürger*innen aus den Augen zu verlieren. Mit einem starken kommunalen Ordnungsdienst, einer eng verzahnten Zusammenarbeit zwischen Polizei, Ordnungsamt, sozialen Trägern und Präventionsdiensten sowie einem umfassenden Plan zur Verbesserung der Stadtsauberkeit wollen wir Köln lebenswert und sicherer machen.

Sicherheit und Freiheit wollen wir miteinander vereinen: Wir wollen eine Stadt schaffen, in der sich alle Menschen sicher fühlen und der öffentliche Raum für alle zugänglich und nutzbar bleibt. Mit einer ausgewogenen Mischung aus gezielten Sicherheitsmaßnahmen, verstärkter Stadtsauberkeit, guten Hilfsangeboten und einem besonderen Augenmerk auf die stadtverträgliche Nutzung des öffentlichen Raums kann das gelingen.

Die KölnSPD setzt sich für umfassende Maßnahmen ein, um die Lebensqualität in der Stadt und in allen Veedeln zu verbessern und ein Gefühl von Sicherheit und Geborgenheit zu schaffen. Bezirke wie Chorweiler, Kalk, Mülheim, Porz und die Innenstadt stehen dabei vor besonders großen Herausforderungen, wenn es um Sicherheit, Sauberkeit und Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum geht. Die KölnSPD steht für eine Dezentralisierung der Verantwortung und eine stärkere Verankerung der Sicherheits- und Präventionsarbeit direkt in den Bezirken. Denn starke Bezirke sind das Fundament einer lebenswerten Stadt, in der sich alle Menschen sicher und wohl fühlen können.

- **Wir dulden keine Angsträume auf Straßen, Wegen und Plätzen. Veedelpolizist*innen und den Ordnungsdienst wollen wir deshalb verstärkt an Orten einsetzen, an denen viele Menschen verkehren und sich unsicher fühlen.** Polizei, Ordnungsamt und Streetwork sollen intensiver kooperieren. Programme wie KVB SOS werden wir ausbauen und finanziell langfristig auf sichere Beine stellen.
- Ein wichtiger Schritt ist die Einrichtung eines weiteren Gewaltschutzzentrums, das betroffenen Menschen Schutz und Unterstützung bietet. Gleichzeitig muss **die Sicherheitslage gesamtstädtisch betrachtet** werden. Probleme wie Kriminalität und Verwahrlosung dürfen nicht nur auf zentrale Orte wie den

Ebertplatz oder den Neumarkt beschränkt analysiert und bekämpft werden. Vielmehr braucht es gezielte wirksame Maßnahmen, die nicht nur Probleme räumlich verlagern, und eine faire Verteilung der Mittel auf alle Veedel, um auch in den Bezirken die Sicherheitslage zu verbessern.

- Der öffentliche Raum, wie die Neue Mitte Porz oder das Zentrum von Chorweiler, muss aufgewertet werden, um **Verwahrlosung und Vandalismus entgegenzuwirken**. Dazu gehört auch eine konsequente Sauberkeitsoffensive in den Veedeln, begleitet von stärkerer Präventionsarbeit und Aufklärung. Sauberkeit darf nicht nur im Domumfeld gewährleistet sein. Auch die Bahnhöfe in den Bezirken sind oft in einem schlechten Zustand und bedürfen dringend einer Aufwertung, um sie sicherer und ansprechender zu gestalten.
- Eine **bessere Verkehrssicherheit und eine intakte Infrastruktur** sind ebenfalls unverzichtbar. Schlaglöcher, mangelnde Verkehrssicherheit und der schlechte Zustand des Stadtgrüns beeinträchtigen die Lebensqualität in den Bezirken. Deshalb fordern wir eine Aufstockung der Personaldecke in den Bezirksämtern, um die notwendige Pflege und Instandhaltung vor Ort zu gewährleisten.
- Durch eine **Gestaltung des öffentlichen Raums** und verstärkte Maßnahmen zur **Erhöhung der Stadtsauberkeit** wollen wir die Aufenthaltsqualität deutlich steigern. Dafür setzen wir auf zusätzliches Personal im Bereich Sauberkeit, das auch kurzfristig reagieren kann, um den öffentlichen Raum für alle attraktiver zu machen. Bürger*innen sollen sich darauf verlassen können, dass Meldungen über störendes oder grenzüberschreitendes Verhalten und illegale Müllablagerungen schnell bearbeitet werden. Dazu werden wir mehr städtisches Personal einsetzen und die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten verbessern.
- **Unternehmen**, deren Müll eindeutig zugeordnet werden kann - etwa durch Aufschriften auf Verpackungen oder Firmennamen auf Broschüren - werden **an den Kosten der Müllbeseitigung im Kölner Stadtgebiet beteiligt**. Die Höhe dieser Beteiligung soll sich an der Menge des von den jeweiligen Unternehmen verursachten Mülls im öffentlichen Raum bemessen. Mit dieser Maßnahme wollen wir eine gerechtere Verteilung der Entsorgungskosten erreichen, die Umweltverschmutzung eindämmen und Unternehmen dazu anregen, nachhaltigere Verpackungs- und Werbematerialien zu verwenden. Die Stadt Köln soll entsprechende rechtliche Möglichkeiten prüfen und durchsetzen.
- Wir möchten **mehr Menschen motivieren**, an Aktionstagen wie „Putzmunter“ und ähnlichen bürgerschaftlichen Initiativen teilzunehmen. Dafür werden wir Ehrenamtstage in den städtischen Einrichtungen (Schwimmbäder, Zoo etc.) einführen, an denen Engagierte vergünstigt oder umsonst diese Einrichtungen nutzen können.

- Wir wollen ehrenamtliche **Platzpaten** einführen und unterstützen, die sich als Person oder Gruppe (z. B. Anwohner*innen, Vereine oder Initiativen) in Zusammenarbeit mit der Stadt um die Pflege, Sicherheit und Belebung von Plätzen und öffentlichen Orten kümmern.
- **Schutz des öffentlichen Raums als demokratischer Ort:** Wir schützen und stellen sicherstellen, dass unsere **Veedelsplätze für alle offen** bleiben. Die Freiheit auf Plätzen wird nicht durch generelle Verweilverbote oder Zäune erhalten, sondern durch gezielte Maßnahmen (z.B. Alkoholkonsumverbote im Straßenraum), die auf die unterschiedlichen Bedarfe und Voraussetzungen der Plätze passen. Nachtbürgermeister*in für die Plätze können diese Maßnahmen unterstützen.
- **Stärkung des Ordnungsamts:** Offene Stellen im Ordnungsamt müssen zügig besetzt werden. Wir wollen eine bessere Vergütung und eine Öffnung der Stellen für z. B. Studienabbrecher*innen. Wir prüfen auch die punktuelle Einführung von Veedels-Ordnungsämtern. Bodycams im Ordnungsdienst, Rettungsdienst und bei der KVB wollen wir flächendeckend einführen. Wir achten auf diskriminierungsfreie Einsätze des Ordnungsamts.
- **Nutzung und Vergabe öffentlicher Plätze:** Unsere Plätze sollen nicht nur funktional sein, sondern auch zum Verweilen einladen und über Aufenthaltsqualitäten verfügen. Initiativen aus der Stadtgesellschaft, die sich dieser Ziele annehmen, wollen wir in ihren Vorhaben unterstützen. Die Vergabe von öffentlichen Plätzen für Veranstaltungen erfolgt nach transparenten Kriterien. Nicht-kommerzielle Veranstaltungen werden besonders unterstützt und wo möglich von Bürokratie und Auflagen entlastet.
- **Et Hätz schleiht em Veedel - Unterstützung der Veedelsvereine: Für ein lebendiges und starkes Ehrenamt:** Wir setzen uns für die Stärkung der Veedelsvereine und des Ehrenamts in unserer Stadt ein. Sie sind das Rückgrat unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts und bereichern das Leben in den Veedeln durch ihr Engagement in Kultur, Sport, Sozialem und der Brauchtumspflege. Statt zusätzlicher Bürden brauchen die Vereine mehr Unterstützung und eine Entlastung von unnötiger Bürokratie. Wir stehen an der Seite der Veedelsvereine und setzen uns für eine lebendige Vereinslandschaft ein, die durch das Handeln der Stadt aktiv unterstützt wird.
- **Hürden abbauen, statt Steine in den Weg legen:** In den vergangenen Jahren sind die Auflagen für Veranstaltungen und Projekte der Veedelsvereine immer weiter gestiegen. Komplexe Genehmigungsverfahren und hohe administrative Hürden erschweren vielen ehrenamtlich Tätigen ihre wichtige Arbeit. Wir setzen uns für eine Vereinfachung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren ein, damit sich Vereine wieder auf ihre eigentliche Arbeit konzentrieren können.

- **Mehr finanzielle Unterstützung für unsere Veedelsvereine:** Damit Ehrenamt und Vereine weiterhin ihre wertvolle Arbeit leisten können, müssen sie finanziell stärker unterstützt werden. Wir fordern daher eine Erhöhung der bezirksorientierten Mittel.
- **Ein Ehrenamtslotse für bessere Beratung und Unterstützung:** Oft fehlt es Vereinen an Ansprechpartnern, die ihnen durch den Dschungel der Vorschriften und Möglichkeiten helfen. Deshalb setzen wir uns für die Einrichtung eines Ehrenamtslotsen ein. Diese zentrale Anlaufstelle soll Vereine und ehrenamtlich Engagierte gezielt beraten und ihnen den Zugang zu Fördermitteln und Genehmigungen erleichtern.

SOZIALES

Mit uns bleibt Köln sozial!

„*Nur zesamme simmer stark,*“ auf diese Haltung sind wir stolz in Köln. Köln ist eine Stadt der Solidarität und Teilhabe, nicht der Ausgrenzung. Doch gleichzeitig ist das Leben für viele Kölnerinnen und Kölner in den letzten Jahren mühsamer geworden. Das gilt für viele Familien, Alleinerziehende, Rentnerinnen und Rentner und auch für Kinder und Jugendliche. Angesichts der massiven Inflation und der horrenden Steigerungen alltäglicher Lebenshaltungskosten wie Miete, Nebenkosten, Strom, Wärme, Kitaessen sind die Alltagsorgen für viele gestiegen und immer mehr Menschen gefährdet, in die Armut abzusinken.

Die Schere geht immer weiter auseinander. Köln ist eine Stadt, in der sich **soziale Ungleichheiten** leider sehr deutlich zeigen, weil in den letzten Jahren zu wenig dagegen getan wurde. Gerade im **aktuellen Haushalt der Stadt** für 2025/26 werden viele Einrichtungen und Projekte nicht auskömmlich finanziert. Sozialkürzungen wurden zwar teilweise zurückgenommen, aber die Soziale Infrastruktur ist „auf Kante genäht“.

ARMUT

Armut ist eines der drängendsten sozialen Probleme in Köln. Die Armutsquote in der Stadt liegt über dem Bundesdurchschnitt, was besonders Gruppen wie Alleinerziehende, Arbeitslose, ältere Menschen und Menschen mit internationaler Familiengeschichte betrifft. Besonders problematisch ist, dass die Armut oft generationenübergreifend weitergegeben wird. Kinder aus armen Familien haben häufig schlechtere Bildungschancen, was sich langfristig auf ihre beruflichen und sozialen Aufstiegsmöglichkeiten auswirkt. Die sichtbare Armut, die sich im Stadtbild durch Obdachlosigkeit und zunehmender Nachfrage bei den Tafeln zeigt, ist dabei die Spitze des Eisbergs. Rund $\frac{1}{4}$ der Kölner*innen sind von Armut bedroht, bei Alleinerziehenden sogar 40%. Besonders betroffen sind alleinerziehende Frauen in prekären Arbeitsverhältnissen und deren Kinder, sowie ältere Menschen.

BENACHTEILIGTE STADTTEILE

Bestimmte Stadtteile wurden extrem vernachlässigt, weil sich stets um die Innenstadt gekümmert wurde. In Köln zeigen die neuesten Daten deutliche Unterschiede in der Armutsgefährdung zwischen den verschiedenen Stadtteilen auf. Insgesamt zeigt sich eine strukturelle Benachteiligung der Stadtbezirke Chorweiler, Mülheim, Kalk und Porz. Über die Hälfte der Haushalte in den Stadtteilen Chorweiler, Seeberg, Finkenbergr, Lindweiler, Godorf und Ostheim sind entweder arm oder von Armut bedroht.

Insbesondere in Chorweiler, Seeberg und Finkenberg betrifft dies einen signifikanten Anteil der Haushalte, wobei die Armutsquote in Chorweiler mit 64 % am höchsten ist.

KINDERARMUT UND JUGENDARMUT

Jedes fünfte Kind in Köln ist arm! 2022 waren es 22% der unter 18-Jährigen (Statistisches Jahrbuch der Stadt Köln für das Jahr 2022), mit steigender Tendenz. Die Kinderarmut variiert stark zwischen den neun Stadtbezirken, wobei Kalk mit 34,1 % die höchste Quote aufweist. Stadtteile wie Chorweiler, Bocklemünd/Mengenich und Meschenich auf der linken Rheinseite sowie Kalk, Höhenberg, Neubrück, Gremberghoven und Finkenberg auf der rechten Rheinseite weisen die höchsten Armutsquoten auf, dort sind mehr als 40 % der Kinder und Jugendlichen von Armut betroffen. Viele wirtschaftliche Hilfen – vor allem des Bundes – kommen in den Familien nicht an. Viele Familien erhalten keine Beratung aus einer Hand, welche Leistungen ihren Kindern zustehen und welche weiteren Angebote es in Köln gibt. Vor allem Ein-Eltern-Familien, geflüchtete Familien, Familien mit geringen Deutschkenntnissen und Familien mit Armutsgeschichte sind hiervon betroffen. Rund 750 Kinder wachsen in Köln ohne richtiges Zuhause auf. Statt eigenem Rückzugsraum zum Hausaufgaben machen, Spielen oder lesen, verbringen sie ihre Kindheit in angemieteten Hotelunterbringungen ohne echte Privatsphäre und oftmals sogar über Jahre ohne eigenen Sanitär- und Küchenbereich. Um diese Situation schnellstmöglich zu ändern und den Kindern aus rund 340 betroffenen Familien die Möglichkeit auf eine bessere Kindheit bieten, werden wir die besondere Situation von Familien in Wohnungsnot stärker in den Fokus des Kölner Wohnungslosen-Hilfesystems rücken.

Auch die Zahl der Kinder, die im Laufe des Tages kein warmes Essen zu sich nehmen, steigt. Immer mehr Eltern können sich das Schulmittagessen nicht leisten und deshalb sind Kinder und Jugendliche hungrig in der Schule.

EINSAMKEIT

Jeder 7. Mensch in NRW leidet unter Einsamkeit, davon sind Ältere, soziostrukturelle Benachteiligte und Menschen mit internationaler Geschichte, aber auch viele junge Menschen betroffen. Allen Betroffenen wollen wir durch offene, barrierefrei erreichbare und unentgeltliche Begegnungsorte die Möglichkeit bieten, Vereinsamung und soziale Isolation zu überwinden und in Kontakt mit anderen Menschen zu kommen und zu bleiben. Digitale Teilhabe, die auf Kommunikation, Austausch und Selbstorganisation ausgerichtet ist, kann dabei ein Weg aus der Einsamkeit sein. Gerade bei älteren Menschen ist der Wunsch groß, nicht digital abgehängt zu werden. Leider gibt es Erkenntnisse dazu, dass Senior*innen oftmals an den technischen Hürden scheitern.

Aber auch die Kosten verhindern, dass sich arme Menschen im digitalen Raum bewegen können.

WIR MÖCHTEN, DASS KÖLN SOZIAL BLEIBT! DESHALB SIND UNSERE ZIELE:

- Wir wollen, dass alle Menschen in Köln gut und zusammen leben können
- Wir treten ein für eine gute und gleichwertige Versorgung aller Veedel
- Wir bekämpfen die Armut, nicht aber die Armen.
- Wir bekämpfen die Obdachlosigkeit, nicht aber die Obdachlosen.
- Wir stärken den sozialen Zusammenhalt – gegen die Einsamkeit
- Wir behalten und erhalten die soziale Infrastruktur für alle

Teilhabe und Chancengerechtigkeit: Alle Kölner*innen – unabhängig von ihrer sozialen Lage – müssen Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und sozialem Leben haben. Hier müssen die bestehenden Maßnahmen weiterentwickelt und ergänzt werden, um soziale Ungleichheiten abzubauen.

Soziales muss Vorrang haben – Mit uns kommt es zu keinen Kürzungen! Wir fordern Investitionen statt Sparmaßnahmen bei sozialen Angeboten. Möglichkeiten der Gegenfinanzierung lassen sich finden.

DESHALB SETZEN WIR UNS IN DER KOMMENDEN WAHLPERIODE FÜR EIN SOZIALES KÖLN UND DIESE MASSNAHMEN EIN:

- **Starke Veedel – starkes Köln!** Dieses Programm bietet bereits seit Jahren die Grundlage für eine soziale Politik für Stadtteile und muss weiterentwickelt werden. In den Stadtteilen sind Einrichtungen wie Kindertagesstätten, Schulen, Jugendeinrichtungen sowie Bürgerzentren, Jugendtreffs und Familienzentren zu stärken. Ungleiches muss dabei ungleich behandelt werden, um dadurch Soziale Sicherheit und Zusammenhalt in den Veedeln zu erreichen. Alle - vom Baby bis zu Seniorinnen - brauchen alle Möglichkeiten: Wir brauchen lokale Anlaufstellen und Kümmerer-Büros. Hier ist ein Management gefordert, das „den Hut auf hat“ und Transparenz wie Beteiligung vor Ort garantiert. Die KölnSPD setzt sich für die langfristige Finanzierung und Absicherung der Träger und Initiativen im Sozial- und Bildungsbereich ein. Diese leisten wertvolle Arbeit und helfen, Folgekosten zu vermeiden.
- **Stärkere Zusammenarbeit der sozialen Akteure auf Quartiersebene,** um Hilfen besser zu vernetzen.

- **Veedelskümmerer** in allen Stadtteilen, die Menschen mit Unterstützungsbedarf direkt begleiten. Veedelskümmerer sorgen für direkte Hilfe vor Ort! Wir schaffen eine Ansprechperson für soziale Anliegen in jedem Veedel.
- **Soziale Anlaufstellen in allen Stadtteilen!** Bürgerzentren, „Dritte Orte“ und quartiersnahe Hilfen müssen ausgebaut werden. Das bedeutet auch eine verpflichtende soziale Infrastruktur in allen Stadtgebieten und auch in Neubaugebieten, damit soziale Angebote von Beginn an eingeplant werden. Einrichtung von „One-Stop-Shops“ für soziale Beratung, um Hilfeleistungen aus einer Hand zu ermöglichen.
- **Mehr Begegnungsräume.** Wir wollen weitere unentgeltliche Begegnungsräume nach dem Vorbild des Demokratie Space in Kalk fördern. Diese Räume sollen dem gesellschaftlichen Austausch dienen sowie die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. In diesen Begegnungsräume können sich Bürger*innen frei versammeln, um sich zu organisieren, auszutauschen und gemeinsame Projekte zur Stärkung der Demokratie voranzutreiben. Die Räume sollen mit Unterstützung der Stadt Köln in freier Trägerschaft eingerichtet werden.
- **Aktiv Nachbarschafts- und Selbsthilfegruppen** wollen wir fördern und Entlastungsdienste für die häusliche Pflege weiter ausbauen.
- **Sozialarbeit darf nicht privatisiert oder ehrenamtlich ersetzt werden!** Wir fordern die auskömmliche und langfristige Finanzierung für soziale Träger. Die Mieten steigen auch für die Räumlichkeiten der sozialen Initiativen. Hier werden wir auch für Unterstützung sorgen.
- **Verbesserung der Erwerbsbedingungen:** Prekäre Arbeitsverhältnisse wie Minijobs, Leiharbeit und befristete Beschäftigungen tragen wesentlich zur Armutsgefährdung bei. Wir fordern bessere Arbeitsbedingungen und faire Löhne, um Erwerbsarmut entgegenzuwirken. Diesem Ziel soll sich die Stadt Köln mit ihren vielen Beteiligungen sowie im Rahmen ihrer Auftragsvergabe weiterhin verpflichten. Öffentliche Aufträge der Stadt werden nur noch an tarifgebundene Unternehmen vergeben. Die kommunale Arbeitsmarktförderung bauen wir aus.
- **Frühe und gezielte Interventionen:** Insbesondere bei Kindern muss die soziale Ungleichheit durch frühe Bildungs- und Förderangebote durchbrochen werden, um den Teufelskreis der Armut über Generationen hinweg zu verhindern.
- **Es braucht ein Bündnis gegen Kinderarmut.** In jedem Quartier muss es eine Anlaufstelle geben, die Familien einen niedrigschwelligen Zugang zu Unterstützungsleistungen und –angeboten ermöglicht. Die Anlaufstellen können an Bezirksrathäuser, Jobcenter, Bürgerzentren, interkulturelle Zentren angedockt

und müssen miteinander vernetzt sein. Über die Anlaufstellen soll sich ein Netzwerk aus Akteur*innen der Stadt und der Zivilgesellschaft bilden, die unter einem Dach, Kinderarmut bekämpfen.

- **Eine kompetente Beratung für Alleinerziehende** wollen wir verbessern. Hierzu werden wir eine Fachberatung für Alleinerziehende einrichten und diese im Kinder- und Jugendbüro ansiedeln und dieses personell verstärken.
- **Köln Pass:** Zukünftig sollen alle Kölner*innen, deren Erwerbs- oder Renteneinkommen nicht mehr als 40 Prozent über der Sozialhilfe oder dem Bürgergeld liegt, Anspruch auf den Köln-Pass haben. Der Köln-Pass muss endlich digitalisiert werden.
- Den **Pädagogischen Mittagstisch Köln** werden wir ausbauen.
- **Zusammenleben von Alt und Jung.** Wir wollen die Entwicklung von sozialraumorientierten Mehrgenerationenkonzepten fördern, in denen Alt und Jung sich gegenseitig unterstützen können. Wir wollen den Anteil an geförderten altersgerechten Wohnungen in allen Quartieren deutlich über die gesetzliche vorgegebene Quote hinaus steigern. Dazu gehören auch Mehrgenerationenplätze und Demenz-WGs. Wohnungsunternehmen sollen in jedem Neubau davon einen höheren Anteil planen und bei Sanierungen im Bestand durch Umbau sicherstellen.
- **Gegen Einsamkeit vorgehen!** Wir wollen ein Gutachten zum Thema Einsamkeit von Senior*innen erheben und Konsequenzen, insbesondere präventive, daraus ziehen.
- **Tafeln und Initiativen absichern!** Es ist zwar schändlich, dass es ohne Tafel nicht geht. Aber solange es sie geben muss, werden wir dafür sorgen, dass die Stadt die Tafeln z. B. bei der Suche nach Partnern und Räumen unterstützt und Nachbarschaftshilfen und lokale Initiativen absichert. Wir unterstützen ehrenamtliche Arbeit – aber nicht als Ersatz für staatliche Verantwortung.
- **Bedarfe homosexueller älterer Menschen ernstnehmen!** Wir wollen Alten- und Pflegehilfe und Senior*innenberatungen für die besondere Situation von LSBTIQAs sensibilisieren und in Kooperation mit der Senior*innenvertretung die besonderen Bedarfe älterer LSBTIQAs ermitteln.
- **Menschen mit Behinderungen bei Ausbildung und Arbeit gerechter einstellen und bezahlen.**
 - Wir wollen dafür sorgen, dass junge Menschen mit Behinderung oder Lernbeeinträchtigung im Geltungsbereich des Tariflohns (TVAöD) ausgebildet werden und diese bei bestandener Ausbildung gemäß

§16aTVAöD übernommen werden. Wir werden dafür sorgen, eventuelle Hürden in Bewerbungsverfahren und Ausschreibungen für Menschen mit Behinderungen und Einschränkungen und mögliche Barrieren für die Einstellung beseitigt werden. Wir möchten so erreichen, dass mindestens fünf Prozent der Neueinstellungen in der Stadtverwaltung Menschen mit Behinderung sind.

- Wir möchten Gebärdensprach-Videos mit einem Avatar für kommunale Webseiten einführen. Wir möchten, dass die Stadt Leitlinien für eine inklusive Durchführung von Events und Veranstaltungen, insbesondere für solche mit Beteiligung der Stadt, vorgibt und umsetzt. Wir prüfen Möglichkeiten, Vereine, die sich besonders für die Inklusion von Menschen mit Behinderungen einsetzen, stärker zu unterstützen.
- **Barrierefreiheit in allen Bereichen!** Wir wollen dazu einen verbindlichen „Inklusionscheck“ einführen.
- **Jobcenter verbessern!** Die bestehenden Kommunikationsprozesse des Jobcenters müssen verbessert werden. Regelmäßig muss über die Nutzung der bereitgestellten Fördermittel und deren Erfolg bei der Integration in den Arbeitsmarkt berichtet werden.
- Die **Arbeitsmarktförderung des Jobcenters** sollte stärker auf zukunftsweisende Projekte mit Langzeitwirkung ausgerichtet werden. Besonders wichtig ist es, gezielt Maßnahmen zur Integration von Menschen mit Behinderung sowie von langzeitarbeitslosen Menschen zu fördern. Bestehende Programme sollen regelmäßig evaluiert werden, um die Wirksamkeit zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen.
- **Arbeitsintegration von Geflüchteten verbessern!**
 - Die Stadt wird schnellstmöglich in Zusammenarbeit mit der IHK, der Agentur für Arbeit, Jobcenter, der Ausländerbehörde und zivilgesellschaftlichen Organisationen Maßnahmen entwickeln, um geflüchteten Menschen die Möglichkeit zu geben, so rasch wie möglich eine Arbeit aufnehmen zu können und zu finden.
 - Wir werden Zugangsbarrieren für geflüchtete Frauen zu Deutschkursen und berufsbezogenen Programmen abbauen, auch durch geeignete Angebote zur Kinderbetreuung.
 - Wir werden die Anerkennungsberatung, Gründungen durch Zugewanderte und die Integration in den Arbeitsmarkt von Geflüchteten weiter unterstützen.

- Die in Köln seit mehr als 20 Jahre entwickelte Flüchtlingspolitik, die auf Kooperation statt Konfrontation setzt, werden wir fortsetzen: Wir werden die Arbeit des Kölner Runden Tisches für Flüchtlingsfragen unterstützen. Wir werden auch in Zukunft die ehrenamtliche Arbeit sowie die professionelle Unterstützung und Beratung Geflüchteter durch den Kölner Flüchtlingsrat und die Betreuung Geflüchteter durch die Wohlfahrtsverbände auskömmlich finanziell unterstützen. Wir werden die in Köln entwickelte Praxis der Bleiberechterspektive für Geduldete im Rahmen des Chancenaufenthaltsrechts weiterführen. Wir unterstützen die Reform der Ausländerbehörde und die Weiterentwicklung als Willkommensbehörde.
- **Wir wollen die Unterbringung und Integration Geflüchteter verbessern.** Besonderer Schutz für geflüchtete Frauen, Kinder und LSBTIQA*-Menschen, die Integration in Bildung und Arbeit sowie Hilfe bei der Wohnungssuche werden unabhängig vom Grund des Zuzugs gestärkt. Entsprechende Projekte werden bedarfsgerecht ausgebaut.
- Wir wollen, dass Geflüchtete so schnell wie möglich in Mietwohnungen leben, damit wir die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften und Hotels beenden können. Die Gebühren, die Geflüchtete nach Aufnahme einer Beschäftigung für die Gemeinschaftsunterkunft entrichten müssen, müssen so gedeckelt werden, dass eigene Anreize zum selbstbestimmten Leben und zur Arbeitsmarktintegration gestärkt werden.
- **Unterstützung von Migrant:innenorganisationen:** Förderung aus Integrationsmitteln ist wichtig und sinnvoll, solange Migrant:innenorganisationen noch keinen oder nur eingeschränkten Zugang zu speziellen Fördergeldern haben. Diese Förderung sollte aber vor allem helfen, gleichberechtigten Zugang zu regulären Fördermitteln zu schaffen oder Migrant:innenorganisationen als offizielle Träger anzuerkennen. Wir werden deshalb mehr Geld in interkulturelle Stadtteilarbeit stecken.
- **Strukturelle und soziale Barrieren, Diskriminierung und Ausgrenzung müssen auch in Köln überwunden werden.** Notwendig ist die Bereitschaft aller zu einem Zusammenleben auf Augenhöhe, des Miteinanders und der gleichberechtigten Mitgestaltung. Notwendig ist weiterhin ein Prozess der interkulturellen Öffnung der Stadt und der Stadtgesellschaft. Wir fordern ein klares Bekenntnis der demokratischen Parteien, von Rat und Verwaltung, von Wirtschaft und Gewerkschaften, den gesellschaftlichen Organisationen in all ihrer Vielfalt einschließlich der Selbstorganisationen der Migrant*innen zum Ziel einer inklusiven Stadtgesellschaft. Kommunale Dienstleistungen sollten analog wie digital in mehreren Sprachen angeboten und zielgruppengerecht gestaltet

werden. Die Möglichkeit der Nutzung von Sprachmittler*innen muss dabei ausgebaut und selbstverständlicher durch behördliches Personal angeboten werden. Auch die diversitätsorientierte Vergabe der Plätze etwa in Kitas und Schulen ist zu stärken. Voraussetzung dafür ist die Verankerung von Kultursensibilität als wesentlicher und verbindlicher Bestandteil der Aus-, Fort- und Weiterbildungscurricula für das gesamte Fachpersonal der Stadt und der durch sie beauftragten sozialen Träger. Die Stärkung eines positiven Diversitätsbewusstseins sollte auch für die im Gesundheitssektor tätigen Personen verpflichtend werden.

Bis 2030 wollen wir eine grundlegende Absicherung und Stärkung der sozialen Infrastruktur in Köln: Gerade die vergangenen Jahre mit ihren Krisen haben gezeigt, wie wichtig die soziale Infrastruktur unserer Stadt ist und wie schnell diese nicht mehr ausreicht. Deshalb muss diese Infrastruktur gesichert bzw. weiter ausgebaut werden. Professionelle Strukturen und bürgerschaftliches Engagement sollen dabei Hand in Hand gehen.

Soziale Gerechtigkeit und der soziale Zusammenhalt sind für die KölnSPD das höchste Ziel. Darum werden wir eine soziale Folgenabschätzung für Vorhaben der Stadt vornehmen. Jede Entscheidung des Stadtrates und der Stadtverwaltung soll bewertet werden, ob die jeweilige Entscheidung auf diese Ziele einzahlt oder nicht.

Die SPD möchte daher, dass die sozialen Auswirkungen von Plänen und Projekten der Stadt überprüft werden. In Köln gibt es viele soziale Herausforderungen wie Ungleichheit und den Verlust von Gemeinschaft. Damit die Lebensqualität für alle verbessert und der Zusammenhalt gestärkt wird, sollen soziale Folgen bei Entscheidungen immer berücksichtigt werden.

GESUNDHEIT

"Gesundheit geht vor!" Wir schaffen eine gerechte Gesundheitsversorgung für alle in Köln

Wir treten dafür ein, dass alle Menschen in Köln, ob arm oder reich, ob alt oder jung, ob zugewandert oder kölsch, eine gute Gesundheitsversorgung erhalten!

Gesundheitsversorgung ist ein öffentliches Gut. Deshalb gilt für uns der Grundsatz: so viel Zentralisierung wie nötig - so viel wohnortnahe Erreichbarkeit wie möglich. Eine gerechte Gesundheitsversorgung – sowohl ambulant als auch stationär – ist ein grundlegender Baustein für gleiche Lebensverhältnisse in Köln. Doch gerade in Bezirken wie Chorweiler, Mülheim, Kalk oder Porz wird deutlich, dass soziale Benachteiligung oft mit einem schlechteren Zugang zu Gesundheitsangeboten einhergeht.

Krankenhausversorgung: Die SPD setzt sich für eine zukunftsfähige, sozial gerechte und wirtschaftlich tragfähige Aufstellung der städtischen Kliniken Köln ein. Damit sichern wir die bestmögliche medizinische Versorgung für alle Kölner:innen. Ziel aller Bemühungen muss es sein, die Kliniken der Stadt Köln zu stärken und langfristig in städtischer Hand zu halten.

Die finanzielle Lage der Kliniken hat sich in den vergangenen Jahren drastisch verschlechtert, auch weil immer weniger Pflegepersonal zur Verfügung steht. Deshalb soll in Merheim ein moderner Gesundheitsstandort entstehen, in dem die Krankenhausversorgung der Kölner Bürgerinnen und Bürger gebündelt wird. Bei der dafür notwendigen Verlagerung des stationären Angebots nach Merheim muss im Gegenzug die ambulante und Notfallversorgung, insbesondere im Kölner Norden und im Stadtbezirk Mülheim ausgebaut und gesichert werden. Hier werden wir den auf Vorschlag der SPD-Fraktion im Rat getroffenen Beschluss, nach Abschluss der Krankenhausreform über „den Erhalt einer stationären medizinischen Infrastruktur im Sinne eines Krankenhauses“ am Standort Holweide zu beraten, durchsetzen und uns für den Erhalt eines Krankenhauses der Stufe 1i einsetzen, entsprechend des Ratsbeschlusses darüber hinaus in Riehl für eine pädiatrische Notfallversorgung. Die ÖPNV-Anbindung des Standorts Merheim muss deutlich verbessert werden.

Ambulante Versorgung: Köln ist eine wachsende Stadt. Für eine flächendeckend gute ambulante Gesundheitsversorgung für alle Bürger*innen muss die Zahl der Kassensitze mitwachsen. Wir informieren die KVNO frühzeitig über Wachstumsprognosen und die Planung neuer Quartiere. Bei der Planung bedenken wir ausreichend Raum für Gesundheitseinrichtungen und Praxen mit.

Um den Fachkräftemangel und Personalmangel zu bewältigen, muss die Arbeitsintegration von zugewanderten Fach- und Arbeitskräften gerade im Gesundheitswesen vereinfacht und beschleunigt werden.

Im Bereich der Kinder- und Jugendmedizin soll die ungleiche Verteilung von Arztpraxen durch gezielte Maßnahmen behoben werden. Arztpraxen müssen da zur Verfügung stehen, wo die Menschen wohnen. Gleiches gilt ebenso für die psychotherapeutische Versorgung. Finanzielle Anreize für eine bessere Verteilung und eine stärkere Orientierung an den spezifischen Bedürfnissen der Veedel sind entscheidend. Zu einer guten Gesundheitsversorgung gehört auch, dass Arztpraxen, Behörden und Krankenhäuser gut und barrierefrei erreichbar sind! Anlaufstellen und haushaltsnahe Hilfen in allen Veedeln schlagen wir vor.

Prävention und Beratung: Wir stehen für Prävention! Vorsorge ist besser als Nachsorge und auch günstiger. Zur Prävention gehört auch Bewegung. Wir wollen Bewegung im öffentlichen Raum ermöglichen. Prävention und Prophylaxe spielen besonders in den Bereichen Zahnhygiene, Schwangerschaftskonfliktberatung und Obdachlosenhilfe („Housing First“) eine zentrale Rolle. Dort müssen die Angebote ausgebaut und niedrigschwellig gestaltet werden. Das gilt auch Testmöglichkeiten für sexuell übertragbare Infektionen (STI). Auch die Herausforderungen des Klimawandels betreffen die Gesundheitsversorgung: Ein Hitzeschutzplan, Beratungsangebote für ältere Menschen und andere gefährdete Gruppen und Maßnahmen zur Entsiegelung sind dringend notwendig, um gesundheitliche Risiken zu minimieren.

Seniorenfreundliche Gesundheitsstrukturen: Für ältere Menschen sind Anlaufstellen z.B. in Seniorennetzwerken bei der Beratung und Unterstützung in Gesundheitsfragen wichtig. Gesundheitsberatung für Senior:innen kann aber nicht auf Ehrenamtliche in Seniorennetzwerken abgewälzt werden, sondern muss durch hauptamtliche Strukturen ergänzt werden. Wir wollen deshalb Angebote verstetigen und professionalisieren und setzen uns für kommunale „Kümmererbüros“ ein, die als zentrale Anlaufstellen für die Anliegen älterer Menschen fungieren und sie durch das Gesundheitssystem begleiten.

Mehr Vorsorge für Kinder und Jugendliche: Die Vermittlung von Gesundheitskompetenz und die präventive Gesundheitsberatung in Schulen und den Angeboten der Offenen Kinder- und Jugendarbeit müssen ausgebaut werden, um Kinder frühzeitig für gesunde Lebensweisen zu sensibilisieren. Erste-Hilfe-Kurse an Schulen und Aufklärung über Blutspenden usw. sollen verpflichtend eingeführt werden. Problematisches Konsumverhalten von Alkohol und berauschenden Substanzen wie Cannabis oder Distickstoffoxid (Lachgas), aber auch Mediensucht und Spielsucht besonders bei Kindern und Jugendlichen müssen stärker präventiv angegangen werden.

Mediensucht und Spielsucht besonders bei Kindern und Jugendlichen müssen stärker präventiv angegangen werden. Sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche muss konsequent bekämpft werden. Mehr Sexualaufklärung und Aufklärung zu übergriffigem Verhalten ist eine notwendige Begleitmaßnahme.

Zusätzlich zu den **Schuleingangsuntersuchungen** sollen bereits 4–5-Jährige medizinisch untersucht werden. Wenn Kinder erst kurz vor der Einschulung auf ihre Schulfähigkeit geprüft werden, bleibt oft nicht genug Zeit, um bestehende Entwicklungsrückstände aufzuarbeiten. Wir fordern deshalb, eine kleine Schuleingangsuntersuchungen bereits im Alter von viereinhalb bis fünf Jahren durchzuführen – also rund eineinhalb Jahre vor der eigentlichen Einschulung. Dadurch haben Eltern und Erziehungsberechtigte frühzeitig die Möglichkeit, auf festgestellte Defizite zu reagieren und passende

Förderangebote zu nutzen. Eine zweite Untersuchung kurz vor der Schulanmeldung würde die Fortschritte der Kinder überwachen und sicherstellen, dass sie gut auf den Schulstart vorbereitet sind. Beratungs- und Unterstützungsangebote für die Familien sollen ausgebaut werden.

Gerechte Gesundheitsversorgung: Von Armut betroffene Menschen haben oft auch noch mit einer schlechteren Gesundheitsversorgung zu kämpfen. Ihnen wird der Zugang zu einer umfassenden medizinischen Versorgung und gesunder Lebensweise erschwert, da sie sich diese nicht leisten können. Dies verstärkt die soziale Ungleichheit und führt in einen Teufelskreis aus Armut und gesundheitlicher Benachteiligung.

Daher müssen wir den gleichberechtigten Zugang zu guter Gesundheitsversorgung sichern und auch hier präventive Maßnahmen stärker in den Fokus rücken. Begleitende Maßnahmen wie Anlauf- und Clearingstellen in den Veedeln, haushaltsnahe Hilfen und mehr ambulante pflegerische Versorgung auch durch „advanced practice nurses“ (Pflegerische der erweiterten Pflegepraxis und akademisierte Pflegerische) wollen wir ausbauen. Zur Prävention zählen auch das Vertrautmachen mit Notfallstrategien sowie präventive Beratungsangebote in Schulen, Familienzentren und Veedels-Treffpunkten.

Wir fordern die Aufrechterhaltung der medizinischen Versorgung für Menschen ohne Krankenversicherungsschutz („Anonymer Krankenschein“) und stellen die notwendigen Haushaltsmittel dafür dauerhaft bereit. Denn so können alle Bewohner:innen Kölns, auch die ohne Krankenversicherung, schnellstmöglich gesundheitlich versorgt werden. Dies spart Folgekosten: besser rechtzeitig untersuchen und behandeln als zu spät!

Die Humanitäre Hilfe in der Vorgebirgsstraße ist eine Notschlafstelle für Menschen aus dem EU-Ausland, die in Deutschland zunächst keinerlei Anspruch auf Sozialleistungen haben. Ihre Gesundheitsversorgung ist deshalb oft schwierig.

Krankenhäuser liefern kranke, teils totkranke Menschen in der Vorgebirgsstraße ab – in vielen Fällen ohne vorherige Absprache. Teils werden nicht gehfähige, pflegebedürftige Personen mit dem Taxi aus dem Krankenhaus in die Vorgebirgsstraße gebracht – mit dem Anspruch, die pflegerische Situation vor Ort zu bewältigen. Die VGS ist aber keine Kranken-, Pflege- und/oder Hospiz-/Palliativstation für EU-Zugewanderte, die eigentlich einer Aufnahme im Krankenhaus oder einer Pflegeeinrichtung bedürfen.

Wir brauchen setzen uns deshalb für eine unmittelbare und dauerhafte medizinische und pflegerische Versorgungsstruktur für diese Menschen ein.

PFLEGE

Die pflegerische Versorgung ist in Köln aufgrund des Fachkräftemangels zunehmend belastet. Um dem entgegenzuwirken, setzt die SPD Köln auf den Ausbau der Pflegeausbildung bei den städtischen Töchtern Kliniken der Stadt Köln sowie Sozial-Betriebe-Köln.

Wir treten für eine vorausschauende und bedarfsgerechte Pflegeplanung ein. Diese muss auch ambulante Hilfen für Senior:innen sowie Hilfen für pflegende Angehörige umfassen.

In einer immer älter werdenden Gesellschaft gewinnt die ambulante Versorgung der teilweise nur in einzelnen Bereichen zu unterstützenden Menschen in ihrer häuslichen Umgebung zunehmend an Bedeutung. Dieser Entwicklung begegnen wir mit einem Ausbau präventiver Hausbesuche und der Förderung ambulanter Pflegeangebote mit haushaltsnahen Hilfen. **Demenz-WGs als alternatives Wohnmodell** sollen gestärkt werden. Bewegungsangebote in öffentlichen Räumen (Mehrgenerationenplätze) sollen geschaffen werden, um körperliche und geistige Fitness im Alter zu fördern.

Besonders wichtig ist uns auch die Unterstützung pflegender Angehöriger, die häufig eine immense Last tragen. Dazu brauchen wir konkrete Hilfestellungen wie wohnortnahe Anlaufstellen und stärkere Vernetzung.

Wir unterstützen auch den bedarfsgerechten Ausbau stationärer Pflegeplätze und -einrichtungen. Wir möchten den Trägern der Pflege Grundstücke zur Errichtung von Einrichtungen der stationären Pflege anbieten, ggf. im Wege des Erbbaurechts. Bereits bei der Konzeptvergabe für städtische Liegenschaften sollen Einrichtungen des Senior:innenwohnens und der stationären Pflege einbezogen werden.

Wir möchten in Köln eine Allianz für Pflegeberufe wie in Hamburg gründen. Dort haben sich führende Arbeitgeber in der Pflege, die Agentur für Arbeit Hamburg und die Sozialbehörde zur Hamburger Allianz für die Pflege zusammengeschlossen. Ziel der Allianz ist es, die Attraktivität und das Ansehen der Pflegeberufe durch gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen zu verbessern. Neben der Unterstützung der Reform der Pflegeberufe und der Kampagne zur Gewinnung von Fachkräften verständigten und verpflichteten sich die Allianzpartner, die Arbeitsbedingungen in der Pflege stetig zu verbessern und damit den langfristigen Verbleib im Pflegeberuf zu ermöglichen.

Bessere Versorgung psychisch erkrankter Menschen

Für psychisch erkrankte Menschen in Köln existieren unterschiedliche besondere Wohnformen. Diese unterscheiden sich in erster Linie in ihrer Betreuungsintensität. Wir wollen diese Einrichtungen entsprechend des steigenden Bedarfs ausbauen.

Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst (KJPD) massiv ausbauen

Aktuell bietet der KJPD Schulsprechstunden an insgesamt 54 Kölner Schulen an. Neben den aufsuchenden Beratungen an Schulen bietet der KJPD, auf Anfragen vieler Schulen konzipiert, Fachvorträge zu einzelnen Störungsbildern, z. B. zu Ängsten, Panikattacken, Depression, ADHS, Schulabsentismus, Essstörung, Autismusspektrumsstörung, nicht suizidales selbstverletzendes Verhalten, Suizidalität und Trauma. Der KJPD schreibt selbst: *"Der aktuell hohe Bedarf kann mit dem vorhandenen Personal nicht vollständig gedeckt werden."*

Eine besondere Unterversorgung besteht bei der Gruppe der Geflüchteten. Die Situation von kriegstraumatisierten ausländischen Kindern und Jugendlichen wird öffentlich kaum zur Kenntnis genommen und findet damit keinen Eingang in eine Bedarfsplanung. Dabei wäre eine differenzierte Betrachtung in Hinblick auf Anzahl und Ausmaß kriegstraumatisierter Kinder und Jugendlicher notwendig – mit besonderem Augenmerk auf unbegleitete Minderjährige und Kinder, die in Deutschland geboren wurden und durch traumatisierte Eltern belastet sind.

Um ein flächendeckendes Angebot in allen 9 Kölner Stadtbezirken analog zum sozialräumlich orientierten Angebot in den Stadtteilen Innenstadt, Kalk und Mülheim zu realisieren, werden zusätzliche Stellen benötigt, für deren Schaffung wir uns einsetzen werden.

Drogenpolitik und gesundheitliche Prävention

Die gesundheitliche Versorgung schließt auch eine moderne und humane Drogenpolitik ein. Hauptziel der Sucht- und Drogenpolitik der KölnSPD ist die **Stadtverträglichkeit, nicht die Abstinenz**: Alle Einwohner:innen sollen sich sicher fühlen und menschenwürdig leben können. Im Mittelpunkt stehen deshalb die Probleme, die aus dem Konsum von Genuss- und Suchtmitteln erwachsen, nicht der Konsum an sich. Dies gilt für alle Suchterkrankungen.

Unser Ziel ist es, Suchtkranke nicht auszugrenzen, sondern sie zu integrieren, unabhängig davon, ob sie bereit oder in der Lage sind, abstinent zu leben. Dabei wird

von den Betroffenen verlangt, sich nachweislich um die Verbesserung ihrer Situation zu bemühen. Mit einer Kombination aus Prävention, Integration und einem klaren Regelwerk schaffen wir in Köln einen Umgang mit dem Thema Drogen, der sowohl die Lebensqualität aller Bürger:innen schützt als auch den Betroffenen die Unterstützung bietet, die sie benötigen.

Für den Drogenkonsum im öffentlichen Raum und den Handel von Drogen auf der Straße verfolgen wir eine **Null-Toleranz-Politik**. Konsum und kleine Verkäufe sollen soweit möglich in den Einrichtungen stattfinden können, damit der öffentliche Raum für alle Bürger:innen sicher und attraktiv bleibt.

Stärkung des Veedelsansatzes: Um die Balance zwischen öffentlicher Ordnung und sozialer Verantwortung zu wahren, setzen wir auf die Einbindung der Stadtteile. Jedes Veedel soll aktiv in die Gestaltung der Drogenpolitik eingebunden werden, und es wird darauf geachtet, dass die Verteilung der Hilfsangebote keine unnötige Belastung für einzelne Stadtviertel bedeutet.

Nach dem Vorbild von „Sip Züri“ wollen wir ein städtisches Team von Fachkräften aus dem Bereich Sicherheit, Prävention, Sozialarbeit, Streetwork einrichten, das in Köln auf den Straßen im Einsatz ist. Diese „Sicherheit, Intervention, Prävention“-Einheit sorgt für die Einhaltung der öffentlichen Ordnung, bietet Hilfe für Suchtkranke und vermittelt in Konflikten.

Der erste Drogenkonsumraum in Kalk ist ein wichtiger Schritt, dem weitere Einrichtungen – so endlich auch in Mülheim – folgen müssen, um Entwicklungen wie in Kalk zu verhindern. Diese Räume leisten nicht nur einen Beitrag zur Gesundheitssicherung, sondern sind auch ein unverzichtbarer Bestandteil von Prävention und sozialer Arbeit. Wir befürworten, dass neben den festen Drogenkonsumräumen auch die mobilen Einheiten weiter betrieben werden. Durch lange Öffnungszeiten der Drogenkonsumräume und der mobilen Varianten stellen wir sicher, dass einzelne Orte nicht dauerhaft belastet werden und sich die Drogenszene nicht an bestimmten Punkten festsetzt.

Wir werden darüberhinaus das Netz an Kontakt- und Hilfestellen für Drogenkranke weiter dezentralisieren. Als Ergänzung wollen wir **Drug-Checking-Angebote** einführen, um Konsument:innen besser zu schützen und gesundheitliche Risiken zu minimieren. Diese Angebote sollen in verschiedenen Veedeln fußläufig erreichbar sein, um eine gerechte Verteilung im Stadtgebiet zu gewährleisten. Dadurch wird verhindert, dass sich die Drogenszene auf wenige Orte konzentriert.

Die Substitutionsbehandlung für nicht versicherte Drogenabhängige wird ausgebaut. Die Stadt Köln erweitert die Anonyme Krankenkarte, um Substitutionsprogramme für nicht versicherte Suchtkranke zugänglich zu machen. Die Angebote zur Methadon- und Original-Substitutionsbehandlung in städtischen und von sozialen Trägern geführten Einrichtungen sollen ausgebaut werden. Wir brauchen mehr **Original-Substitutionsplätze** und Möglichkeiten des Tagesaufenthalts.

DEMOKRATIE STÄRKEN, RECHTSEXTREMISMUS BEKÄMPFEN, DISKRIMINIERUNG BESEITIGEN UND INTEGRATION FÖRDERN

Der Vormarsch rechtsextremer und demokratiefeindlicher Parteien in Europa und Deutschland muss auch auf kommunaler Ebene gestoppt werden. Die deutsche Sozialdemokratie war in ihrer über 160-jährigen Geschichte stets ein Bollwerk gegen Rechtsextremisten. Die KölnSPD steht in dieser Tradition und wird weiterhin und verstärkt ihre Stimme gegen Rassismus, Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit, Nationalismus, Frauenfeindlichkeit und Queerfeindlichkeit erheben.

Wir wollen mit unserer Politik dazu beitragen, dass Köln eine weltoffene, diverse, multikulturelle, lebendige und fröhliche Stadt bleibt. Mit einer wachen Zivilgesellschaft, die – wie die zahlreichen Demonstrationen, Kundgebungen und Aktionen in den letzten Jahren gezeigt haben – immer zur Stelle ist, wenn es gegen rechte Gewalt und Hetze aufzustehen gilt.

Gemeinsam mit der Zivilgesellschaft und den anderen demokratischen Parteien wollen wir dafür sorgen, dass die Brandmauer gegen die AfD steht und diese Partei in Köln weiterhin politisch keine Rolle spielt. Im Rat der Stadt Köln und in allen Ausschüssen und Gremien stehen wir weiter dafür ein, dass es keine Zusammenarbeit und keine Mehrheitsbildungen mit Stimmen der AfD gibt. Wir werden weiter dafür werben, dass in Wahlkämpfen keine AfD-Vertreter:innen zu Diskussionen eingeladen werden, um die Normalisierung ihrer rechtsextremen Politik nicht zu befördern. Falls dies dennoch geschieht, werden wir ihr nicht das Feld überlassen.

Beim Kampf gegen die Feinde der Demokratie unterstützen wir zivilgesellschaftliche Organisationen, städtische Institutionen und Projekte zur Demokratieförderung bei den Kindern und Jugendlichen. Dazu gehören u.a. die seit über 30 Jahren unermüdlich engagierte Künstlerinitiative „Arsch huh“ sowie das stadtpolitisch wichtige Bündnis „Köln stellt sich quer“, in dem wir aktiv mitarbeiten.

Wir verschaffen den Kindern und Jugendlichen eine eigene Stimme bei allen Projekten der Stadtentwicklung, der Verkehrsplanung und der Planung des öffentlichen Raumes, die ihre persönlichen Lebenswelt und ihr Verständnis von Nachhaltigkeit betrifft. Wir stärken ihr Demokratieverständnis und ihre Selbstwirksamkeit und nehmen sie als selbstbewusste Bürger*innen auf Augenhöhe wahr.

Eine besondere Bedeutung für die Erinnerungskultur und das Engagement für Demokratie kommt dem NS-DOK und seinem Förderverein EL-DE-Haus zu. Zur Stärkung der demokratischen Bildungsarbeit werden wir dafür sorgen, dass die kostenlosen Angebote des NS-DOK zur Aufklärung über die Gefahren von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus für Kölner Schulen und Multiplikator:innen ausgeweitet werden. Außerdem wollen wir Fortbildungsangebote von NS-DOK und VHS für Lehrkräfte und Mitarbeiter:innen der Stadtverwaltung zur Befähigung zum demokratischen Engagement dauerhaft fördern.

In einer vielfältigen Stadtgesellschaft ist es uns ein Anliegen, dass wir zu einer Erinnerungskultur finden, die alle Menschen in Köln anspricht. Dies bedeutet auch, dass wir das koloniale Erbe der Stadt Köln aufarbeiten. Mit dem Prozess „(Post)koloniales Erbe der Stadt Köln“ ist hierzu bereits ein wichtiger Meilenstein geleistet worden. Um diesen zu stärken, wollen wir, dass sich die Museen stärker mit dem Thema koloniale Provenienzforschung auseinandersetzen. Darüber wollen wir einen Ort schaffen, an dem die Kolonialgeschichte aufgearbeitet und ausgestellt wird und ggf. einen zentralen Gedenkort schaffen. Daher wollen wir die entsprechenden Stellen in der Verwaltung stärken.

Köln ist stolz auf seine internationale Ausrichtung mit aktuell 23 Städtepartnerschaften in der Tradition unseres damaligen sozialdemokratischen Oberbürgermeisters Norbert Burger. Städtepartnerschaften fördern den interkulturellen Austausch, stärken das gegenseitige Verständnis und tragen zur globalen Völkerverständigung bei.

Unsere urbane Zukunft wird immer internationaler: wir engagieren uns daher dafür, diese Beziehungen zu intensivieren, neue Verbindungen zu knüpfen und durch gemeinsame Projekte den interkulturellen Austausch zu fördern, um das Verständnis und die Zusammenarbeit zwischen den Völkern zu stärken.

Wir setzen uns für eine Kultur der Förderung von Friedensprozessen und Völkerverständigung durch den Ausbau von internationalen Städtepartnerschaften ein. Ob bei Kultur, Sport oder Jugendprojekten: Der internationale Austausch der Zivilgesellschaft trägt zum gegenseitigen Verständnis sowie zum Abbau von Vorurteilen und Feindbildern bei und ist eine unverzichtbare Grundlage für ein friedliches Zusammenleben. Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine sollten die zivilgesellschaftlichen Kontakte zwischen Köln und Wolgograd wieder aufgenommen werden. Ziel ist im jetzigen dynamischen Prozess der politischen Entwicklung, wieder zu einer vollen Städtepartnerschaft zu kommen. Entsprechend sollen auch die

Städtepartnerschaften mit Tel Aviv und Bethlehem weiter gestärkt und Städtepartnerschaften insgesamt verstärkt gefördert werden.

Wir stärken die, die gegen Hass und Hetze und für unsere Demokratie eintreten. Wir werden dafür sorgen, dass Vereine, Projekte und Initiativen, die sich gegen Rassismus und Rechtsextremismus und für ein gleichberechtigtes Leben einsetzen, dauerhaft gefördert werden, statt immer wieder neu Fördergelder beantragen zu müssen.

Wir treten dafür ein, dass in unserer Stadt Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur, Religion und sexueller Orientierung friedlich, angstfrei und respektvoll zusammenleben können. Dazu gehört auch, dass Geflüchtete unsere Solidarität, Schutz und Unterstützung erhalten. Krieg, Flucht, ein neues Leben aufbauen sind oft mit großen seelischen Belastungen verbunden, daher setzen wir uns für hilfreiche Beratungs- und Therapieangebote für diese Menschen ein. Mit dem Amt für Integration und Vielfalt, den vielen interkulturellen Zentren, dem Kölner Flüchtlingsrat, den vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Einrichtungen hat Köln eine starke Infrastruktur für Integration und Vielfalt. Diese wollen wir erhalten, fördern und ausbauen.

Tausende Kölner*innen engagieren **sich ehrenamtlich für die Menschen**, die zu uns kommen. Sie leisten Sprachvermittlung, sind emotionale Anlaufstelle, und bieten praktische Lebenshilfe. Dies hilft den Ankommenden, und erleichtert unserer städtischen Verwaltung die Erfüllung ihrer Aufgaben. Wir werden das ehrenamtliche Engagement für Integration und Geflüchtetenhilfe schützen und stärken. Krieg, Klimakatastrophe, politische Verfolgung – viele Menschen in der Welt müssen ihre Heimat verlassen. Wer bei uns in Köln ankommt, wird menschenwürdig behandelt und bekommt die Chance, in unserer Stadt seinen Platz zu finden. Damit das funktioniert, müssen wir die Interessen vieler sehen und berücksichtigen. Hier helfen das Amt für Integration, der Integrationsrat, der „Runde Tisch für Integration“ und der „Runde Tisch für Flüchtlinge“. Das Ausländeramt muss so ausgestattet werden, dass Aufenthaltstitel zügig und rechtssicher bearbeitet werden. Die Unterbringung muss fair in allen Vierteln geleistet werden, und darf nicht in Sportstätten stattfinden. Die SPD wird das Amt für Integration und Vielfalt finanziell und personell ausbauen. Dafür werden die Stadtarbeitsgemeinschaften Behindertenpolitik, Queerpolitik, der Integrationsrat und der Runde Tisch für Flüchtlingsfragen politisch gestärkt. Dies bedeutet, dass diese Gremien stärker z.B. beim Thema Wohnen, Pflege, Städtebau und Diversität einbezogen werden.

Wir werden auch Beratungsangebote für die von Diskriminierung Betroffenen und Präventionsangebote ausbauen. Hierfür möchten wir die städtischen Antidiskriminierungsbüros und Beratungsstellen strukturell stärken.

Den ColognePride und ähnliche Veranstaltungen wollen wir stärker unterstützen, da dies zum Image der Stadt Köln beiträgt und viele Menschen nach Köln holt und dadurch auch der Wirtschaft nutzen.

Antirassismus, Antidiskriminierung und die Bekämpfung von Antisemitismus sind nicht nur Themen und Anliegen der davon betroffenen Menschen oder Gemeinschaften. In Köln leben ca. 40 Prozent Menschen, die eine internationale Familiengeschichte vorweisen können. Dafür müssen wir das Bewusstsein stärken und dafür sorgen, dass sich die gesamte Gesellschaft mit Rassismus und Diskriminierung auseinandersetzt und die Vermeidung, Verhinderung und Bekämpfung von Rassismus als Leitziel begreift.

Es reicht nicht, dass es Meldemöglichkeiten für rassistische und diskriminierende Vorfälle gibt, sondern aus der Vielzahl der Fälle müssen auch Schlüsse gezogen werden. Rassismus und Diskriminierung darf man auch persönlich nicht hinnehmen und muss sich seiner eigenen Privilegien aufgrund einer vorherrschenden Hautfarbe und Ethnie bewusst sein und für Gleichstellung kämpfen.

Wir wollen deshalb kommunale Allianzen aufbauen und unterstützen, antirassistische Strategiekonzepte entwickeln und Betroffene gezielt im Umgang mit Hass und Hetze beraten.

Ebenso fördern wir Migrant:innenorganisationen und ihre Arbeit zur Bewusstmachung und zur Bekämpfung diskriminierender Strukturen und Lebensverhältnisse.

KULTUR

Kultur verbindet – sozial gerecht, vielfältig, zukunftsweisend!

Kultur ist das Herz unserer Stadt. Sie schafft Begegnung, inspiriert Kreativität, entfaltet Entwicklungsprozesse und stärkt den Zusammenhalt in unserer vielfältigen Gesellschaft. Für uns Sozialdemokrat*innen ist Kultur keine Nebensache, sondern eine zentrale Kraft, die Köln lebens- und liebenswert macht und mit ihren öffentlichen und freien Kultureinrichtungen sowie der Freien Szene große Strahlkraft weit über Köln hinaus hat.

Wir stehen für eine Kulturpolitik, die alle Kölner*innen erreicht – rechts- und linksrheinisch, in den Veedeln, in Museen, auf Bühnen und im öffentlichen Raum. Unser Ziel ist eine Kulturlandschaft, die Barrieren abbaut, kulturelle Bildung für alle ermöglicht, faire Arbeitsbedingungen in der Kulturarbeit garantiert und Raum für Kreativität schafft. Aus diesen Gründen verteidigen wir konsequent die Freiheit der Künste.

Dabei denken wir Kultur neu: Als Motor für soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Stadtentwicklung wollen wir kulturelle Vielfalt fördern, innovative Formate unterstützen und kulturelle Teilhabe in allen Lebensbereichen stärken. Gemeinsam machen wir Köln zu einer Kulturstadt, die offen, solidarisch und zukunftsorientiert ist.

Kulturelle Räume schützen und neue Orte schaffen – links und rechts des Rheins: Wir wollen die Fixierung der grün-schwarzen Kulturpolitik auf Groß- und Renommierprojekte durchbrechen und die gesamte Kulturlandschaft unserer Stadt neu in den Blick nehmen.

Auch deshalb fordern wir den **sofortigen Baustopp der Opernbaustelle am Offenbachplatz**, um eine unabhängige und transparente Prüfung der baulichen und finanziellen Situation durchzuführen. Hierbei soll ein unabhängiges Expertengremium auch Alternativen wie Teillösungen oder Umnutzungen entwickeln. Die Ergebnisse sollen Grundlage für die Entscheidungen zur weiteren Entwicklung der Opernbaustelle genutzt werden. Ein „Weiter so“ darf es nicht geben. Gleichzeitig muss es den Mitarbeitenden und Künstler*innen des Schauspiels, der Kinderoper und der Oper in den jeweiligen Ausweichquartieren weiterhin ermöglicht werden, Kunst auf höchstem Niveau umzusetzen.

Wir wollen das kulturelle Angebot rechtsrheinisch ausbauen und die von uns vorangetriebene Entwicklung der Hallen Kalk mit der Ansiedlung des Migrationsmuseums „Selma“ weiter stärken. Bestehende Kulturorte wie das „Depot“ in Mülheim wollen wir als Ort für die freie Szene langfristig sichern und als überregionalen Kulturort ausbauen.

Wir wollen bezirksorientierte Mittel für Kultur und Brauchtum stärken. Dabei sollen ausdrücklich auch die Jugend und die Bevölkerung vor Ort partizipativ in die Gestaltung des Kulturprogramms eingebunden werden. So stellen wir sicher, dass die Vielfalt Kölns sich in der Vielfalt des kulturellen Angebots widerspiegelt.

Die Stadt ist das Museum! Wir wollen Köln als lebendiges, dezentralisiertes Museum begreifen. Statt teurer Neubauten setzen wir auf Satellitenorte und interaktive, appbasierte Rundgänge, die Kultur und Geschichte in allen Stadtteilen links- und rechtsrheinisch erlebbar machen. Leerstände und Bestandsgebäude sollen kreativ für kulturelle Angebote genutzt werden, um Kultur für alle Kölner*innen zugänglich zu machen.

Wir werden unsere Bibliotheken als zentrale Orte der Begegnung stärken, insbesondere den Bücherbus und die Stadtteilbibliotheken während der Umbauphase der Zentralbibliothek.

Wir erkennen Musikclubs als Kulturorte und Schutzräume an und setzen uns dafür ein, die Verdrängung von Clubs zu verhindern. Gemeinsam mit den Akteuren sowie dem Kulturraummanagement der Stadt werden wir strukturelle und kreative Lösungen für die Stärkung unserer Clublandschaft finden und auch die Möglichkeit, urbane Gebiete in der Stadtplanung auszuweisen, ausweiten.

Wir wollen das Kulturraummanagement ausbauen, um Kulturschaffende bei der Suche nach geeigneten Räumen zu unterstützen und unser Stadtbild durch die Ermöglichung kultureller Zwischennutzung von Leerständen zu attraktiveren.

Wir sehen Kultur als Motor für eine bürger*innenfreundliche Stadtentwicklung. Es ist notwendig, dass die Stadtentwicklung ihren Blick für kreative Kulturorte schärft und – gemeinsam mit einer kulturfördernden Liegenschaftspolitik sich aktiv für die Schaffung neuer und vedelsnaher Kulturräume einsetzt. Es gilt, die Rahmenbedingungen für den Erhalt bestehender und die Entwicklung neuer Kulturräume zu verbessern. Hierfür muss die Vernetzung der Stadtteile verstärkt und eine Kulturquote von 5% bei Neubebauung eingeführt werden.

Wir fördern Kunst- und Kulturprojekte im Kölner Stadtraum und wollen die Umsetzung und Pflege von Kunst und Kultur im öffentlichen Raum fest im Haushalt verankern.

Kulturelle Bildung für alle erlebbar machen – gerecht und inklusiv:

Jeder Mensch unserer Stadt soll - unabhängig vom Alter - die Chance erhalten, kulturelle Bildung und kreative Projekte erfahren und mitgestalten zu können. Daher fordern wir eine feste Förderstruktur für kulturelle Bildungsprojekte zwischen freier Bildungs- und Kulturszene und Institutionen unserer Stadt. Hierbei soll ein besonderer Fokus auf standortschwächere Stadtteile gelegt werden. Das gilt in besonderem Maße für die städtischen Bildungseinrichtungen.

Wir wollen Barrieren in der Kultur abbauen und werden in Kooperation mit den städtischen Institutionen und geförderten Projekten dafür Sorge tragen, Kulturangebote in einfacher Sprache sowie verstärkt mehrsprachig zu gestalten, um allen Kölner*innen den Zugang zu ermöglichen.

Um trotz zahlreicher geschlossener Museen und Baustellen weiterhin eine familienfreundliche Kulturstadt zu sein, wollen wir die kostenfreien Kulturangebote für Familien ausweiten. So werden wir beispielsweise den „Langen Donnerstag“ um einen „Langen Samstag“ ergänzen, damit Kölner Familien auch an einem Wochenendtag im Monat kostenlosen Eintritt in alle Kölner Museen erhalten.

Nachhaltige Unterstützung: Faire Arbeitsbedingungen für Kulturschaffende garantieren!

Wir wollen die Mindesthonorare für Künstler*innen gemäß dem NRW-Kultugesetzbuch konsequent umsetzen. Wir wollen die strukturelle Förderung ausbauen, um Kulturvereinen und freien Trägern Planungssicherheit zu geben. Wir wollen die Modernisierung der Förderstrukturen vorantreiben, so dass Vereine und Projekte erfolgreich EU-Mittel und Drittmittel generieren können. Hierfür muss sichergestellt werden, dass die Stadt die jeweiligen kommunalen Anteile einbringt und das Beratungsangebot verstärkt. Wir fordern von der Kulturverwaltung eine proaktive Beratungsrolle, um die erfolgreiche Antragstellung zu erleichtern und spannende neue Kulturprojekte zu initiieren. Wir werden für Kunst und Kultur die bürokratischen Hürden abbauen, indem wir die Festbetragsfinanzierung kleiner Projekte ausweiten, um die sogenannte Antrags- und Verwendungsnachweisstellung zu vereinfachen.

Effiziente Kulturverwaltung: Transparenter, proaktiver und bürgernaher handeln!

Wir verstehen Kulturverwaltung nicht als hoheitliches Agieren, sondern als Schaltstelle zur Anregung, Initiierung, Unterstützung und Förderung von künstlerischem und bürgerschaftlichem Engagement. Daher wollen wir das Kulturdezernat und das Kulturamt so ausrichten, dass es wirksamer, kommunikativer und effizienter vor allem die freie Szene unterstützt.

Wir wollen eine stärkere Vernetzung von Kultur- und Kreativwirtschaft vorantreiben, um die Kulturstadt Köln überregional sichtbarer zu machen. Hierzu wollen wir verstärkt auf ämterübergreifende Strukturen setzen.

Wir wollen ein professionelles Kulturmarketing aufbauen, um unsere vielfältige Kulturlandschaft nach außen zu bewerben und nach innen mit neuen Impulsen zu bereichern. Wir wollen eine transparente Kommunikation über Förderentscheidungen und die Besetzung von Leitungspositionen in der Kultur sicherstellen.

Wir wollen die Zusammenarbeit von freier Szene und Institutionen vorantreiben, um Synergien bei der Nutzung von Räumen und Materialien zu ermöglichen.

SPORT

Herausforderungen, Grundgedanken, Ist-Zustand

Köln, die Stadt mit einer langen und großen Sporttradition, die bis heute unzählige Spitzenathlet*innen hervorgebracht hat und stolz auf ihre großen und erfolgreichen Vereine ist, die Stadt der Deutschen Sporthochschule und ein Zentrum der Sportwissenschaft, die Heimat großer Sportevents und olympischer Ambitionen, eine Stadt mit hunderttausenden sporttreibenden und -begeisterten Menschen, ist leider im Alltag nur noch dem Ruf und Namen nach eine Sportmetropole. Sport ist in Köln zu oft ein Stiefkind der Kommunalpolitik, es fehlt an durchdachten Konzepten und Planungen, an Förderung und an Investitionen.

Die Kölner Sportstätten sind in einem bedauernswerten Zustand. Einer Statistik des Sportamtes zufolge sind über 80% der Kölner Sporthallen sanierungsbedürftig. Die Hallen sind so marode, dass reihenweise Sportstunden in der Schule ausfallen. Schwimmunterricht wird häufig in den Schulen mangels Schwimmflächen nicht oder nicht ausreichend angeboten, so dass viele Kinder nicht mehr schwimmen lernen. Schwimmvereine können mangels genügender Schwimmflächen nicht genug Schwimmkurse anbieten. Das ist aus pädagogischer Sicht schlecht, aber auch Gift für den Breiten- und Leistungssport in unserer Stadt. Egal, welche Sportart man in Köln betreiben möchte: Die marode Infrastruktur legt einem immer wieder Steine in den Weg. Doch nicht nur die Sportstätten an sich sind häufig unbenutzbar: Kabinen und Sanitäreinrichtungen sind vielerorts, wenn überhaupt vorhanden, veraltet und nur mit viel Wohlwollen (und aus körperlichen Zwängen) zu nutzen.

Andere niedrigschwellige Bewegungsangebote, wie Spielplätze in Schulen und Kindergärten, werden bei der Planung grundsätzlich nicht mitgedacht. So entstehen unnötige Konkurrenzen zwischen dem Sport und anderen Interessensfeldern, die vermeidbar wären.

UNSERE ZIELE:

Für die SPD ist klar: Sport fördert den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Wir begreifen Sport als integrative Kraft, die Menschen aller Geschlechter und religiöser, nationaler und kultureller Hintergründe zusammenbringen kann. Insofern ist Sport nicht nur ein wichtiger Bestandteil von Bildungspolitik, sondern hat auch einen Bildungsauftrag: Er ist gesundheitsfördernd, vermittelt soziale Werte wie Respekt, Fairness und Teamgeist und trägt zur Zerstreung in turbulenten Zeiten bei.

Deshalb ist es wichtig, dass Sport auch erlernt und anständig betrieben werden kann. Der Schulsport muss stets gewährleistet sein, Breiten- und Leistungssportler die Möglichkeit haben, zu trainieren. Hierfür muss die marode Infrastruktur endlich flächendeckend modernisiert werden, Sportstätten aller Art, Turnhallen, Kabinen, Duschen und sanitäre Anlagen müssen modernisiert werden. Das Angebot an Sporträumen und -plätzen und Trainingszeiten muss mit der wachsenden Nachfrage in vielen Sportarten mithalten und deshalb ausgebaut werden. Ausreichende Schwimmflächen müssen geschaffen werden, damit Schwimmunterricht in Schulen und Vereinen gewährleistet ist und die Ausbildung zur Lebensrettung durch den DRLG sichergestellt wird.

Wir werden dazu ein kommunales Förderprogramm für 2025 – 2030 vorlegen und besonders die Breitensportvereine in ihrer Arbeit unterstützen und fördern. Die Sportentwicklungsplanung werden wir fortführen und wieder mehr Bau- und Ausbauprojekte vorantreiben.

MASSNAHMEN UND FORDERUNGEN:

Sofort:

1. Wo immer möglich, öffnen wir Schulhöfe, um Kindern und Jugendlichen eine sichere Umgebung für Freizeit, Bewegung und nachbarschaftliche Begegnung im direkten Wohnumfeld zu ermöglichen. Wir unterstützen damit eine Öffnung der Schulen insgesamt in den Sozialraum hinein und hin zu einer stärkeren Gemeinwesenarbeit. Schulhöfe sollten zukünftig so geplant und gebaut werden, dass Spielflächen ersichtlich und auch zu außerschulischen Zeiten zugänglich sind. Schulhöfe sollten zukünftig so geplant und gebaut werden, dass Spielflächen ersichtlich und auch zu außerschulischen Zeiten zugänglich sind.
2. Städtische Sportstätten müssen flächendeckend von ausreichend Personal, also Hallen- und Platzwarten, betreut werden. So können durch unsachgemäße Benutzung verursachte Beschädigungen vermieden, Mängel schneller behoben und Lehrkräfte, Trainer*innen und Betreuer*innen entlastet werden.
3. Angesichts der vielfältigen Interessen und Bedürfnisse in einer Stadt wie Köln ist es entscheidend, sich mit verschiedenen Gremien auszutauschen, um Inklusion und Teilhabe im Sport umfassend zu fördern. Eine nachhaltige Öffnung des Sports für alle Kölnerinnen und Kölner erfordert daher den aktiven Dialog mit den Gleichstellungsbeauftragten, dem Integrationsrat und dem Flüchtlingsrat.

In den nächsten 5 Jahren:

1. Frühkindliche Bewegungserfahrungen sind elementar für die motorische Entwicklung von Kindern. Die Notwendigkeit regelmäßiger Bewegungsstunden in der frühen Kindheit muss endlich anerkannt und umfassend unterstützt werden. Diese fördern nicht nur die körperliche Entwicklung, sondern auch die kognitiven und sozialen Fähigkeiten der Kinder. Eine flächendeckende Einführung solcher Angebote sorgt für gerechte Startchancen und schafft frühzeitig eine positive Bindung an Bewegung und Sport. Deswegen müssen u.a. mehr Spielplätze geschaffen und bestehende Spielplätze modernisiert sowie vielfältig gestaltet werden.
2. Die SPD weiß, dass die Förderung von Mädchen nicht nur im Sport, sondern auch in der Jugendarbeit langfristig positive Effekte auf die Gleichberechtigung und gesellschaftliche Entwicklung hat. Daher ist die Unterstützung von Projekten, die Mädchen in ihrer Selbstwirksamkeit, bei ihren persönlichen Interessen und im Sport stärken und ihnen gleiche Chancen bieten, ein zentrales Anliegen der Köln SPD. Mit Projekten wie „Mädchen an den Ball“, das Mädchen die Freude am Fußballspielen vermittelt, oder spezifischen Projekten in der offenen Kinder- und Jugendarbeit sollen Mädchen geschützte Räume und ein sicheres Umfeld geboten werden, damit sie ihre Stärken entwickeln, patriarchalische Rollenbilder hinterfragen und sich gegen jede Art von Gewalt behaupten lernen. Niedrigschwellige Angebote, die Breitensport und Kultur verbinden, sollen nur für Mädchen geschaffen werden.

Langfristig:

1. Die Sportvereine in der Stadt Köln leisten einen großen Beitrag zum sozialen und integrativen Zusammenleben der Kölner insbesondere der Kinder und Jugendlichen. Die SPD Köln setzt sich dafür ein, dass dieser Beitrag noch stärker anerkannt wird und die Vereine bei dieser wichtigen Arbeit umfassend unterstützt werden.
2. Wir müssen die Bürokratie für Kölner Sportvereine deutlich reduzieren. Aktuell sehen sich viele Vereine mit Hindernissen konfrontiert, die sie kaum überwinden können oder möchten. Das blockiert Projekte, Maßnahmen und Kooperationen bereits in der Anfangsphase oder verursacht einen unzumutbaren Mehraufwand für die ehrenamtlichen Strukturen. Wir wollen auch schnellere Verwaltungsverfahren bei Anträgen und Vorhaben von Sportvereinen durchsetzen.
3. Damit die wichtige sozial-integrative Arbeit der Kölner Sportvereine gestärkt wird, muss in Konfliktfällen mit anderen Anliegen dieser besonderen Arbeit ein größeres Gewicht zugestanden werden (z. B. bei Anträgen zum Bau von Sportanlagen auf Kunstrasen oder Kunststoffböden).

4. Wir unterstützen das Freie Ortskartell Dünnwald bei dessen Aktivitäten zum Erhalt des Waldbads und andere bürgerschaftliche Initiativen zum Erhalt und zur Instandsetzung von Sportstätten.
5. Um der wachsenden Nachfrage nach vielseitigen Sportangeboten gerecht zu werden, sind moderne und ausreichend große Sporthallen unerlässlich. Die Kölner Sporthallen sind nicht nur in einem katastrophalen Zustand, sondern bieten auch nicht genug Platz für ein vielfältiges sportliches Angebot. Bei jedem Bau einer Schule sollten daher größere Sporthallen gebaut werden.

Herausgeber:

SPD-Unterbezirk Köln
Magnusstr. 18b
50672 Köln

Druck: Eigendruck